

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Zeugpreis durch Voten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin 528, 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. • Druckvorschriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorplatz. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Unsere Forderungen auf dem Gewerkschaftskongress.

Der zweite Vorsitzende unseres Verbandes,
August Schmidt

führte in der Diskussion auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress in Berlin folgendes aus:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung schließt gleichzeitig die Aufgabe mit ein, gegen die Ursachen der bisherigen Arbeitsvernichtung anzukämpfen. Die Bergarbeiter werden zu jedem Programm stehen, welches eine Besserung des Beschäftigungsgrades der Gesamtwirtschaft erwarten läßt. Obwohl der Bergbau bei der Konjunkturgestaltung immer hinter den übrigen Industrien, sowohl bei aufsteigender wie bei niedergehender Konjunktur, nachhinkt, wird uns das nicht hindern, die hier aufzustehenden wirtschaftspolitischen Ziele mit unserer ganzen Kraft zu fördern. Wir möchten aber auch, und gerade an dieser Stelle, betonen, daß jede Stellungnahme zur Arbeitsbeschaffung ebenfalls eine Stellungnahme gegen die schlimmste Lähmung jeder wirtschaftlichen Besserungstendenz mit umfassen muß. Die schlimmste Lähmung aber geht von der monopolistischen Knebelung der Bergbauindustrie aus, die doch das Fundament unserer ganzen Industriewirtschaft darstellt. Diese Knebelung hat nicht nur Hunderttausende von Bergarbeiterexistenzen, wie zu befürchten ist, zum größten Teil dauernd zerstört, sondern bedroht und beeinträchtigt auch in höchstem Maße die Arbeitsmöglichkeit in der übrigen Industrie, für die der Bergbau Rohstofflieferant und wichtigste Energiequelle ist.

Diese Wirtschaftsmacht noch länger als Gegenstand primär-monopolistischer Ausbeutung zu sehen, wird immer unerträglich. Am unerträglichsten wird es für die unmittelbar davon betroffenen Bergarbeiter. In welchem Ausmaß die

Beschäftigungslage im Bergbau

zurückgegangen ist, wird durch die Tatsache illustriert, daß die Gesamtzahl aller deutschen Bergarbeiter, welche im Jahre 1921 mit 1 212 000 Mann Höchststand erreicht hatte, bis im Februar 1932 auf 450 000 Mann zurückgegangen ist. Damit ist der Vorkriegsstand von 989 000 Mann um mehr als die Hälfte unterschritten. Man muß schon bis in das vorige Jahrhundert zurückgehen, wenn man eine Vergleichsziffer für einen so niedrigen Beschäftigungsgrad finden will. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß es sich bei den jetzt beschäftigten Bergarbeitern um Arbeiter handelt, die zum erheblichen Teil nur drei Tage in der Woche arbeiten. In den Jahren 1930-31 sind allein im Ruhrbergbau jährlich 9,5 Millionen und in Oberschlesien 1,5 Millionen Feiertage eingelegt worden! Wenn man die Zahl der Feiertage auf vollbeschäftigte Arbeiter umrechnet, so würde man beispielsweise im Ruhrbergbau, wo die Belegschaftszahl von 560 000 Mann im Jahre 1922 auf 210 000 Mann Anfang März 1932 gefallen ist, noch weitere 40 000 Mann zur Entlassung bringen können. Die Belegschaftsziffer betrug in diesem Revier 1913 etwa 428 000 Mann, beträgt demnach heute nicht mal mehr die Hälfte des Vorkriegsjahres. Dabei scheint der Tiefstand des Beschäftigungsgrades immer noch nicht erreicht zu sein, denn weitere Kündigungen wurden bereits ausgesprochen.

Es handelt sich hierbei nicht um Unvermeidlichkeiten, wie kürzlich von Unternehmerseite behauptet wurde, sondern um Fehler und Mängel der privatwirtschaftlichen Ausbeutung der Bodenschätze. Dem privatwirtschaftlichen Expansionsstreben im Bergbau sind in der Nachkriegszeit hunderte von Betrieben zum Opfer gefallen. Der kapitalistische Konzentrationsprozeß der Unternehmungen hat nirgends so schwerwiegende Stilllegungsoffer erfordert wie in den Bergbaurevieren. Die Zahl der betriebenen Werte im deutschen Bergbau betrug:

Bergbauarten	1924	1930	Abnahme in Proz. gegenüber 1924
Steinkohle	376	253	33
Braunkohle	444	276	38
Eisenerz	247	169	36
Blei-, Silber- und Zinkerz	37	27	27
Rupfer- und Urerz	22	9	51
Steinsalz und Kali	126	62	51
Erdöl	34	35	—
Zusammen	1288	831	36

Diese Entwicklung ging im Jahre 1931 so weiter. Neben dieser Betriebskonzentration vollzog sich aber auch der

Zusammenschluß der Unternehmungen,

den man als „Kapitalkonzentration“ bezeichnen kann. So waren im Jahre 1924 im Steinkohlenbergbau noch etwa 160 selbständige Unternehmungen vorhanden, die bis zum Jahre 1931 auf rund 70 zusammengeschmolzen waren. Das bedeutet eine Verminderung der selbständigen Unternehmungen im Steinkohlenbergbau um 56 Prozent und im Braunkohlenbergbau um 62 Prozent.

Ganze Landstriche sind durch die Stilllegungen verarmt, ungeheure Mengen unerforschlicher Naturkräfte der Vernichtung preisgegeben, Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet worden. Schließlich ist auch die bergbauliche Sozialversicherung, die Knappheit, durch den beschleunigten Zuwachs der Renteneinnehmer bei gleichzeitigem, verstärktem Fortfall von Beitragszahlern an den Rand des Abgrundes gebracht worden.

Der Privatkapitalismus hat im Bergbau jedes Augenmaß für volkswirtschaftliche Notwendigkeiten und weltwirtschaftliche Gegebenheiten vermissen lassen.

Er hat ungeachtet der tiefgreifenden Wandlungen in der Weltenergieerzeugung durch vermehrte Anwendung von Öl- und Wasserkraft die Förderkapazität im Stein- und Braunkohlenbergbau außerordentlich groß ausgebaut. Dabei sind riesige Summen, ungeheure Millionen aufgewandt worden, wodurch natürlich die Selbstkosten- und die beschäftigungsmäßige Elastizität der Betriebe stark eingeengt worden ist. Infolgedessen mühten Konjunkturrückgänge geradezu lebensbedrohend wirken. So hatte die Gewerkschaft Ewald nach den Angaben ihres Generaldirektors eine Zusatzbeteiligung von einer Million Tonnen durch das Abtaufen des Schachtes Ewald-Fortsetzung erreicht, wofür viele Millionen Mark aufgewandt wurden. In der letzten Generalversammlung führte der Vorsitzende des Grubenvorstandes nach der „Rhein-Westf. Ztg.“ folgendes aus: „Da sich jedoch herausgestellt hatte, daß die Selbstkosten trotz aller Anstrengungen auf Ewald-Fortsetzung um eine Mark je Tonne höher waren als auf den alten Schachtanlagen, ist die Zeche Ewald-Fortsetzung am 1. Juli 1931 stillgelegt worden.“ So und ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Harpener Bergbau-AG, bei den Ber. Staßfurtwerken und auch bei allen übrigen Konzernen und Gesellschaften des Bergbaues. Ungeheure Summen sind fehlgeleitet worden!

Es herrscht die ganze Welt über der kapitalistischen Macht-haber, wenn ein Zehenvorteiler, wie das kürzlich im Reichskohlenrat geschehen ist, sich damit entschuldigen wollte, daß die Unternehmer an eine fortlaufende Aufwärtsentwicklung geglaubt hätten. Die Tatsachen zeigen, daß das Denken jedenfalls von den Zehenvorteilern in den letzten Jahren die von ihnen am wenigsten angenehme Tätigkeit gewesen sein muß. Professor Schmalenbach hat einmal gesagt, daß das Durcheinander der Direktoren und Generaldirektoren im Bergbau darauf zurückzuführen sei, daß der Bismarck, der ihnen den nötigen Patriotismus gewaltig beibringt, noch nicht erstanden wäre. Bei vielen Bergbauunternehmern reicht überhaupt nur bis Hüfte. Darin liegt der Versuch, ihre wirtschaftliche Zerstörungsarbeit durch politische Zerstörungsarbeit zu bemänteln. Wir sind der Auffassung, daß der Zerstörung volkswirtschaftlicher Werte im Bergbau Einhalt geboten werden muß.

Nicht mit der offenen Hand des Staates ist der Bergbau wieder gesund zu machen, sondern nur dadurch, daß der Bergbau zum Gegenstand der öffentlichen Industriewirtschaft gemacht wird.

Es handelt sich dabei um die

Nationalisierung der wichtigsten Versorgungsbetriebe

unserer Volkswirtschaft. Kohle und Erz sind die wichtigsten Grundlagen unseres industriellen Lebens und die Versorgung mit Düngemitteln aus dem Kalibergbau ist schicksalbestimmend für die deutsche Landwirtschaft. Im Bergbau liegt der Schlüssel zur künftigen Volkswohlfahrt! Das Interesse der Nation gebietet es, diesen Schlüssel in die Hände der Nation zu legen.

Wertvolle Anfänge sind in dieser Richtung bereits gemacht. Schon besitzt die öffentliche Hand im Steinkohlen- und Kalibergbau einen Anteil von etwa 12 Prozent, im Braunkohlenbergbau von etwa 8 Prozent und im Eisenerzbergbau sogar von annähernd 20 Prozent. Wir wissen zwar aus eigener Erfahrung, daß der staatliche Bergbau nicht frei von Kritik ist, aber wir wissen doch auch — und das ist das Entscheidende! —, daß die Kritik an der staatlichen Wirtschaftsführung im Bergbau nicht wie bei der Privatwirtschaft ins Leere fällt, sondern zur Verantwortung der Verantwortlichen führt. Weil wir Macht ohne Verantwortung aber nicht mehr dulden können, weil wir eine Wirtschaft in voller Verantwortung der Wirtschaftsführung den Wirtschaftsbeteiligten gegenüber wollen, darum erheben wir unsere Stimme für die Verstaatlichung des Bergbaues! Wir glauben, daß hier am schnellsten die für die Allgemeinheit schädlichen Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsführung durch eine gemeinwirtschaftliche Leitung des Bergbaues beseitigt werden können. Damit würden auch die Hemmungen beseitigt, die seitens der Privatwirtschaft der internationalen Kohlenverständigung und der Verkürzung der Arbeitszeit entgegengestellt werden.

Endliche Beseitigung der neunstündigen täglichen Arbeitszeit für die Arbeiter über Lage, wie diese jetzt noch vorhanden ist und an deren Bestehen das Reichsarbeitsministerium nicht unschuldig ist. Beseitigung des Wahnsinns, daß an den Tagen, wo die Gesamtbelegschaft wegen Abwalmangels feiern muß, die im Grubenbetrieb befindlichen leeren Wagen mit Kohlen vollgejezt werden, ist das Gebot der Stunde.

Wir fordern daher Verstaatlichung des Bergbaues, internationale Wirtschaftsverständigung und Verkürzung der bergbaulichen Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden. Sie sind die wirksamsten Mittel, um die Arbeitslosigkeit im deutschen Bergbau zu mildern!

Reichsarbeitsminister Stegerwald

führte aus: Zweierlei darf schon jetzt als ziemlich sicher anzusehen sein: Einmal, daß die deutsche Ausfuhr in 1932 mit vergrößerten Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, daß also die Arbeitslosigkeit, von der Ausfuhrseite gesehen, eher zu- als abnimmt; weiterhin, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Frühjahrs- und Sommermonaten infolge der Kredit-schwierigkeiten sehr wahrscheinlich geringer sein wird. Daneben gäbe es gegenwärtig noch drei große Unsicherheitsfaktoren. Diese lauten in der Fragestellung: 1. Wie wird die Reparationskonferenz enden? 2. Wann ist infolge dessen der Wendepunkt der Weltwirtschaftstriebe zu erwarten? 3. Wann wird eine größere innerpolitische Beruhigung zu erreichen sein?

Ueber die Ursachen der Wirtschaftsschrumpfung besteht zwischen dem Kongress und ihm keine volle Meinungs-übereinstimmung. Die Annahme, daß die Hauptursache der Schrumpfung die Lohnkürzung sei, sei nur zum Teil richtig.

Was nun die Frage der Arbeitsbeschaffung angeht, so besteht darüber Meinungsübereinstimmung, daß es in Deutschland noch reichlich Arbeitsmöglichkeiten gäbe. Ebenso unzweifelhaft sei, daß sie soweit als möglich ausgenutzt werden müßten. Die Streitfrage sei lediglich, wie die Mittel für eine Arbeitsbeschaffung großen Stiles beschafft werden könnten. Mit dem Preis der Inflation dürfe die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand keinesfalls erkaufte werden. Somit blieben als Streitpunkte lediglich das Ausmaß der Arbeitsbeschaffung und die Auswahl der Arbeitsmöglichkeiten übrig. Wir ständen vor einer doppelten Aufgabe: Einmal, wie kann der Schrumpfung-prozeß in der deutschen Wirtschaft in 1932 wenigstens aufgehalten werden, und dann, wie können möglichst viele Arbeitslose von der Straße weggebracht werden? Man werde produktive zusätzliche Arbeit schaffen müssen und werde daneben gegenüber den Arbeiten, die der Geldschwierigkeiten wegen sonst noch jahrelang nicht ausgeführt würden, auch den freiwilligen Arbeitsdiensten erweitern müssen.

Sowohl die wirtschaftliche Konzernbildung wie die Zusammenballung der Bevölkerung an wenigen Plätzen dürften ihren Höhepunkt erreicht haben. Dann würden wir aber wieder zu einer dezentralisierten Siedlungsweise des deutschen Volkes kommen müssen. Zudem ständen wir vor einer total veränderten Bevölkerungsstruktur. Früher hätten die jungen Jahrgänge den breiten Sockel, die älteren die schmale Spitze der Bevölkerungspyramide dargestellt. Infolge des Geburtenrückganges sei es heute umgekehrt. Wir würden ein alterndes Volk. Diese Tatsache sei von fundamentaler Bedeutung für unsere soziale Rentenversicherung, für die Invaliden- und Angestelltenversicherung. Er glaube nicht daran, daß wir im ersten Jahrzehnt unsere Rentenversicherung so ausbauen könnten, daß unsere alternde Bevölkerung damit ihren Lebensabend fristen könne. An der Spitze dessen, was die Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung beabsichtige, stehe daher die verstärkte Förderung der ländlichen Siedlung und die Fortsetzung der städtischen Vorraum-siedlung, an dritter Stelle die Reparaturen für Altwohnungen.

Wolle man die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben des Jahres 1932 ihrer Wichtigkeit nach einordnen, so ergebe sich folgende Reihenfolge: 1. die Betriebe, die Aufträge haben, müssen unter allen Umständen mit Krediten zu einem erträglichen Zinsfuß versorgt werden; 2. die Staats der öffentlichen Hand müssen unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden, weil das 3. die Voraussetzung ist für die Erhaltung der Währung; 4. was dann noch zur Befämpfung der Wirtschaftsschrumpfung und zur Behebung der Wirtschaft geschehen kann, wird und muß geschehen. Die bisherige abwartende Haltung der Regierung gegenüber der Frage der Arbeitslosigkeit werde im Laufe des Jahres nicht beibehalten werden können. Diese Frage werde schon in nächster Zeit mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu besprechen sein. Wenn sich dabei eine Einigung nicht erzielen lasse, so werde nichts anderes übrigbleiben, als eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Notverordnung. Eine allgemeine Senkung der Löhne komme nach Meinung des Reichsarbeitsministeriums nicht in Frage. Allerdings seien in einzelnen Gewerben und in einzelnen Gegenden noch Angleichungen nötig.

Der preußische Ministerpräsident Braun

erklärte, wenn die preußische Regierung sich an Subventionen beteiligt habe, so deshalb, um die Arbeitslosigkeit nicht noch größer werden zu lassen. Volkswirtschaftlich wäre es vielleicht richtig, manchen Betrieb zu verschrotten, aber sozialpolitisch müsse man sich fragen, ob Arbeiter brotlos werden sollten. Man müsse sich hüten, eine neue Inflation herbeizuführen. Unter allen Umständen müsse aber etwas geschehen. Wir könnten nicht sechs Millionen Arbeitslose von Jahr zu Jahr weiter schleppen. Hand in Hand damit müsse eine Verständigung mit dem Auslande gehen, dessen Kredite wir nötig hätten. Auf die Lösung der Reparationsfrage brauche man dabei nicht zu warten. Das Reparationsproblem sei bereits dadurch gelöst, daß Deutschland einfach nicht mehr zahlen könne. Mit dem Schlagwort, daß wir uns wieder hochhungen müßten, werde nichts erreicht; dabei denke jeder nur an den anderen. Durch Lohn-drückerei würden wir nicht leistungsfähiger, sondern ruinieren den Binnenmarkt. Ohne Rücksicht auf außenpolitische Erwägungen müsse die Erwerbslosigkeit durch die Kürzung der Arbeitszeit angegriffen werden. In dieser Forderung gehe er noch über die vierzigstündigenwoche weit hinaus. In einer dauernden starken Herabsetzung der Arbeitszeit, die möglich und nötig sei, nachdem ein immer größerer Teil der Arbeit durch Maschinen geleistet werde, erblicke er die einzige Möglichkeit, mit der wirtschaftlichen auch die politische Krise zu beendigen.

Weltfeiertag 1932.

Der Weltfeiertag der Arbeit steht vor der Tür. Er fällt in eine Zeit der schwersten Wirtschaftskrise. Das gibt ihm eine besondere Bedeutung und Berechtigung.

Selt über vierzig Jahren lautet unsere Losung: **Gegen privatrechtliche Ausbeutung, für eine menschenwürdige Arbeit und einen gerechten Lohn! Gegen imperialistisches Machttreiben, für eine internationale Annäherung der Völker!** Mit dieser Losung wissen wir uns eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Unser Ruf ergeht an die Vernunft der Menschen. Doch die Mehrzahl von ihnen verschloß sich bisher vernünftigen Gedankengängen.

Gegen privatrechtliche Ausbeutung. Heute sind auf der Erde rund 25 Millionen Menschen arbeitslos. Das von uns, von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, aufs schärfste bekämpfte privatrechtliche Profitstreben hat seine Folgewirkung gezeigt. Wie ein Fluch lastet an diesem 1. Mai die Wirtschaftskrise auf der Arbeiterschaft. Die Früchte einer System- und Planlosigkeit sind gereift.

Für eine menschenwürdige Arbeit und einen gerechten Lohn. Eben ist der Krisenkongreß des ADGB zu Ende gegangen. Erneut ist von den Gewerkschaften zu einer weitgehenden Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Es kann und darf der Zustand nicht fortauern, daß viele jahrelang ohne jegliche Beschäftigung bleiben müssen, und daß Jugendliche, die schon seit einigen Jahren die Schule verlassen haben, überhaupt keine Arbeit finden. Große Gefahren für die Gesellschaft und für den Staat werden von diesen Verhältnissen umschlossen. Die von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung werden deshalb am 1. Mai erneut von uns unterstrichen, wobei besonders unsere Forderung nach einer Verstaatlichung des Bergbaues in den Vordergrund gerückt werden muß, damit dem Bergmann der Lohn seiner schweren Arbeit nicht weiter vorenthalten wird.

Gegen imperialistisches Machttreiben. Noch immer beschäftigt sich das menschliche Hirn mit den Methoden des planmäßigen Völkermordens. Noch immer sucht man nach Mitteln, um sich gegenseitig vernichten zu können. Zur Zeit schlachten sich im fernen Osten die Völker ab. Japanische Arbeiter werden gegen solche aus China gehetzt. Einen Lichtblick in dieses Dunkel menschlicher Verirrungen bringen die Abrüstungs-

ZUM 1. MAI.

Millionen und Millionen
Eidgenossen, Leidgenossen
aller Länder, aller Zonen
schreiten sonnenübergossen
erdenum in langen Reihen
In den ersten Tag des Maien.

Demonstrieren und bekennen,
daß sie Kämpfer, daß sie Streiter,
nimmermüde Wegbereiter
für das Glück der Menschheit sind.
Herzen flammen, Fäuste brennen,
Grenzen schwinden, die sie trennen,
Sturmgesänge brausen, knattern,
Trommeln wirbeln, Fahnen flattern,
flattern rot im Maienwind.

Demonstrieren für den Frieden,
den sie allen Völkern schmieden,
protestieren frank und frei
gegen Haß- und Kriegsgeschrei,
wollen, daß die faule Drohne
nicht im Haus der Arbeit wohne,
säen in die Welt die Saat
für den sozialen Staat,
damit Werke und Maschinen
nur dem Wohl der Menschheit dienen,
damit jede Menschenkraft
für sich selbst und alle schafft.

Millionen Eidgenossen,
Millionen Leidgenossen
werben, wirken, lehren, streiten,
schreiten kämpfend durch die Zeiten
um das ganze Erdenrund
Hand in Hand in einem Bund.
Aus der Enge, aus dem Staube
strömt der Menge starker Glaube,
daß die Götter und Altäre
alter Ordnung, alter Lehre
stürzt einmal
des Maien rotes Ideal. Victor Kallnowski.

bestrebungen in Genf. Hoffen wir, daß es nicht mehr allzu lange dauert, bis der richtige Weg aus dem Labyrinth der heutigen Wirrnisse gefunden wird. Ange-

sichts der Opfer im Osten und angesichts der schweren Lasten die wir vierzehn Jahre nach Beendigung des Weltkrieges noch als ein unseliges Erbe mitschleppen, ist es nötig, daß dieser Punkt in der nächsten Zeit mit aller Energie behandelt wird.

Für eine internationale Annäherung der Völker. Das bedeutet eine Bekämpfung der Bestrebungen, die den Rassen und Nationalitätenhaß fördern. Eine dieser Bestrebungen ist der Faschismus. Unser Kampf gilt daher diesen faschistischen Umtrieben. Das Denken der Verkünder der faschistischen Ideologie ist engstirnig. Immer noch haben ihre Theorien zum Blutvergießen geführt. Weil wir dieses eingesehen haben, wenden wir uns mit aller Schärfe dagegen. Wir wissen, daß die Arbeiter hinter den belgischen, französischen, polnischen und italienischen Grenzpfählen nicht unsere Feinde sind. Wir wissen, daß auch sie sich nach Licht und Sonne sehnen wie wir in Deutschland. Wir betrachten diese Arbeiter nicht als unsere Feinde. Wir fühlen, daß wir zusammengehören im Kampf gegen das internationale Kapital. Das wollen wir am 1. Mai 1932 erneut bekunden!

Millionen werden sich an diesem Tage wieder mit ihren roten Fahnen hinter unsere Forderungen stellen. Unser diesjähriger Mataufmarsch muß gewaltiger werden denn je. Wenn wir uns jemals berechtigt für eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingesehen haben, dann bestimmt auch am 1. Mai des Jahres 1932. Dem kapitalistisch orientierten Unternehmertum sind die Verhältnisse über den Kopf gewachsen, sie sollen abtreten und die Wirtschaft in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Dann werden alle unsere Forderungen nach einer Verkürzung der Arbeitszeit, nach einer Sicherung des Urlaubs, nach angemessenen Invalidenrenten und Löhnen eine schnellere Regelung finden.

Verteilt deshalb am 1. Mai durch einen Riesenaufmarsch diesen Forderungen Nachdruck! Darüber hinaus wollen wir gegen die Knebelung der Massen auf geistigem Gebiete, wie sie vielfach von den Nazis und Kommunisten betrieben wird, demonstrieren. Lügen und Verleumdungen sind die Waffen dieser Menschen. Zeigen wir ihnen, daß wir die Unehrllichkeit hassen und als aufrechte Menschen für ein aufrechtes Menschentum kämpfen wollen.

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Am 1. Mai schaut die zerrüttete Welt auf eine Armee von Arbeitslosen, die auf 25 Millionen geschätzt wird. Fast jeder vierte von ihnen ist ein Reichsdeutscher. In der Fülle von Sorgen steht das Problem der Arbeitsbeschaffung und des Unterhalts der Erwerbslosen im Vordergrund.

Nicht nur materielle Not lastet drückend auf den Schultern der Arbeitslosen und ihrer Familien. Die Jugend verliert durch erzwungene Arbeitsentwöhnung die berufliche Qualifikation, auf der zum großen Teil die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und kulturelle Höhe unseres Landes beruht, und die Arbeitslosen insgesamt und die vielen, die ein gleiches Los befürchten müssen, verlieren jegliche Zuversicht, wenn nicht das Uebel aufgehoben und nach Kräften beseitigt wird.

Interessentrennung, die in dieser Not eine Gelegenheit sehen, zurückzufeuern in die für sie so bequemen Zeiten ungehemmter kapitalistischer Willkür, benehmen die verzweifelte Stimmung, um mit der Losung der nationalen Selbstbehauptung gegen das „System“, wie sie es nennen, Kräfte für sich mobil zu machen, die ihrem Schicksal nach in die Reihen der Arbeiterbewegung gehören.

Zustände und Staatsformen, die ein Volk von Analphabeten eben noch ertragen würde, preisen sie als Heilmittel und Weg zur Befreiung. Zur Erreichung dieses Zieles scheuen sie sich nicht, Millionen von Arbeitern als Deutsche minderen Grades zu verleumden und so das Volksgewächstum zu vergiften.

Damit wird es klar genug, daß die Existenz des Staates selbst aufs stärkste beeinträchtigt wird von der Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung und der Sorge für die Erwerbslosen.

Das private Kapital hat in dieser harten Prüfungszeit versagt. Von den öffentlichen Gewalten aber müssen wir verlangen, daß sie vor allem durch gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden pro Woche und durch öffentliche Arbeiten so viele Köpfe und Hände wie möglich in Lohn und Brot bringen. Jede erlangbare Arbeitsmöglichkeit muß beizugehalten werden, die verzweifelt die Stempelstelle bevölkern.

In der Erfüllung dieser Aufgabe muß wahre Volkseinigkeit sich zeigen. Die deutschen Gewerkschaften werden nicht aufhören, für dieses Ziel zu kämpfen. Die deutsche Arbeiterbewegung, die auf eine an Leistung und Opfern reiche Geschichte zurückschaut, muß und wird in dieser schweren Zeit der Erschütterung aller Verhältnisse den Pfad bahnen zu einer besseren Zu-

kunft, zu einer geänderten Wirtschaft, die jedem Arbeit und Brot gibt.

Mehr denn je haben die deutschen Arbeiter und Angestellten in den politischen Kämpfen dieser Tage ihre sprichwörtliche Treue zu ihren Organisationen bewiesen. Sie werden diese erneut zum Ausdruck bringen durch machtvolle Kundgebungen am 1. Mai.

Treue an die Massen!

Demonstrieren für Arbeitsbeschaffung und vierzigstündige Woche, für Frieden und Völkerverständigung!

Es lebe der Feiertag des arbeitenden Volkes!

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.**

An die Arbeiter der ganzen Welt!

Am 1. Mai, dem hohen Feiertag der Arbeit, erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund seine Stimme, um den hehren Gedanken der internationalen Solidarität aufs neue und aufs nachdrücklichste zu bekunden.

Überall hin, über alle Schranken und Grenzen hinweg, möge dieser Ruf ertönen, ein Kampf, der alle Kräfte der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Kapitalismus stärken soll.

Alle sollen sich dessen bewußt werden, daß es noch eine Kraft gibt, die imstande ist, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren, sie aus höchster Not zu erlösen und eine neue Welt zu schaffen. Das noch bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem kann kaum noch als das herrschende angesehen werden, da es die Herrschaft über die eigenen Produktionsmittel, über die Technik und den Gütertausch verloren hat. Der sich seiner Wirtschaftlichkeit rühmende Kapitalismus ist zum größten Vergebener geworden. In den Händen der Kapitalistenklasse ist die Technik zum Fluch geworden. In ihrer Raslosigkeit zerstören die Leiter der heutigen Wirtschafts- und Staatspolitik durch Abschneidung und Aufrichtung neuer Schranken die Reichtümer, die der Kapitalismus selbst geschaffen hat. Er vermag die ruhenden Arme nicht mehr in Bewegung zu setzen und dabei verrosten seine Maschinenanlagen.

Es gilt an diesem Feiertag der Arbeit, unseren unbezwingbaren Willen zum Ausdruck zu bringen, unseren Arbeitsbrüdern, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, Arbeit zu ver-

schaffen. Alles, was diesem Zwecke dienlich ist, muß getan werden: deshalb erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der Einführung der vierzigstündigen Woche. Gleichzeitig muß alles aus dem Wege geräumt werden, was der Behebung der Arbeitslosigkeit hinderlich ist. An Stelle der fehrationalistischen irreführenden Leitung, Zusammenschluß erzeuge Abschneidung, Menschenökonomie beseitige Verwüstung und Bruchlegung der Arbeitstrait.

Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Erwerbslosen in der Welt fordert der Internationale Gewerkschaftsbund, daß aus dem Verlagen der kapitalistischen Wirtschaft die zwingenden Folgerungen gezogen werden.

Am Feiertag der schöpferischen und wertschöpfenden Arbeit erheben wir die Forderung nach Beseitigung der unproduktiven Militärrüstungen, die in sich selbst eine ständige Gefahr des Krieges und seiner Schrecken bedeuten. Den Ruf: „Nie wieder Krieg!“ verstärken wir durch die Parole: Vernichtet die Mittel des Krieges! Die Welt darf nicht den Duldenden der Rüstungsindustrie geopfert werden. Alle Völker müssen sich gegen ihren gemeinsamen Feind wenden: die Rüstungsindustrie.

Wir rufen das Gewissen der Menschheit im Namen der Millionen Kriegesopfer wach. Der Profitgier der Waffensabrikanten, die von Tod und Zerstörung leben, setzen wir den entschiedenen Friedenswillen der Werktätigen und Schaffenden entgegen.

Noch nie ist so klar wie in dieser Krisenzeit, die mit der Gefahr des Krieges und des Faschismus schwanger geht, die gegenseitige Abhängigkeit der Völker und die Notwendigkeit internationaler Solidarität zutage getreten und noch nie hat sich so unabweisbar die internationale Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufgedrängt.

Einiger und geschlossener als je muß das internationale Proletariat in dieser Zeit sein, denn von niemand anderem als von ihm selbst ist der Anstoß zur Bessergestaltung der Dinge zu erwarten.

**Gegen Krieg, Munition- und Rüstungskapitalismus!
Für Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung!
Gegen kapitalistische Anarchie, Arbeitslosigkeit und Hunger!
Für planmäßige Gemeinwirtschaft, Arbeit und Brot für alle!**
Der Internationale Gewerkschaftsbund.

Merkei Trost.

Nachdem es Tatsache geworden war, daß die Wirtschaft auf normalem Wege die Ernährung des Volkes nicht mehr gewährleisten konnte und Millionen ohne Arbeit zum Ruhen kamen, wurde von den Unternehmern versucht, mit schönen Worten über das Unangenehme dieser Lage hinwegzutäuschen. Man suchte nach Schuldigen. In schmutzigster Weise wurde hierbei auch über die Gewerkschaften hergezogen. Das blöde Gerücht hat jedoch seinen Zweck verfehlt. Jetzt sucht man nach neuen Motiven, um die Gemüter zu beruhigen. Zur Zeit gefallen sich diese Leute in der Rolle eines Trösters. Vermittler ihrer Gedankengänge spielen wiederum die gelben Mitteilungsblätter, die Werkzeitungen:

Was ist Glück?

An diese Frage knüpft jemand in Nr. 12 der „Zehnjahrestage“ der Gewerkschaft Auguste Viktoria in huls philosophische Betrachtungen an. Höchstes Glück ist nach den Ausführungen dieses Schreibers das Sich-Abfinden mit den gegebenen Verhältnissen. „Niemals besteht auch das Glück im „Besitz“ als solchem, sondern einzig und allein im stillen Bescheiden dessen, was dem einzelnen zugeteilt, kurz: das Glück besteht in der Zufriedenheit.“ Er stellt dann Vergleiche zwischen den Angehörigen der einzelnen Klassen an und schreibt u. a.: „Da ist ferner der Großkaufmann oder der Unternehmer. Seine Sorge um die Erhaltung des Geschäfts, um die Einlösung laufender Verpflichtungen, um die Herbeischaffung der Gelder zum Lohn- tage läßt ihm am Tage keine Rast, raubt ihm die Nachtruhe, nimmt ihm jegliche Grundlage zu einem inneren Ausgleich. Da ist im Gegensatz hierzu der sorglose Wandergeselle, der sein ganzes Vermögen auf dem Leibe trägt, der frohen Mutes in den Frühling schreitet, den das Morgen nicht kümmert, ein Bild glücklicher Zufriedenheit. Ein Tor, der das leichte Herz des glücklichen der rastlosen Sorge des ersteren nicht vorziehen wollte. Der Wandergeselle ist also ohne allen Zweifel der Glücklichere, weil er der Zufriedenere ist, und hierin liegt der Ausgleich des sozialen Gegensatzes.“

Weshalb ein Hohn liegt in diesen Worten! Wer steht im Geiste nicht den „schwergebeugten“ Unternehmer, wie er rechnet, um das Geld für den Lohn tag zusammen zu bekommen! Auf der anderen Seite aber schreitet der Proletarier leichten Herzens in die Welt. Ob der Artikelschreiber jemals das Elend und die Verzweiflung derjenigen kennengelernt hat, die ohne Wobach und ohne Heil auf den Straßen umherirren, die nicht wissen, wo sie des Nachts ihr Haupt hinlegen sollen. Ob er die vielen Augenblicke schon beobachtet hat, die ohne Arbeit an den Ecken herumstehen? Wir glauben es nicht. Sonst müßten seine Worte als eine grobe Demagogie aufgefaßt werden.

Weiter sagt der kapitalistische Soldschreiber dann: „Die ausgleichende Gerechtigkeit auf Erden besteht also im Glück und dieses Glück beruht einzig und allein in der Lebenskunst: Zufriedenheit. Nur wer diese Kunst, oder besser gesagt, diese unschätzbare Gottesgabe besitzt, ist auf Erden glücklich zu preisen und sei er noch so krank und noch so arm.“

Also, Kumpels, seid zufrieden! Bringt die unschätzbare Gottesgabe auf, auch in die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, in die schändliche Behandlung und Unterernährung zu fügen. Denn darin liegt das Glück, sagen die Unternehmer. Wir aber fragen dich, Bergarbeiter: willst du dir bei all deinem Elend noch diese Verhöhnung gefallen lassen? Wenn du das nicht willst, dann ziehe die Konsequenzen und reihe dich ein in unsere Organisation!

In Nr. 13 derselben Zeitung lesen wir unter der Ueberschrift: „Die schlechten Zeiten und die Ausdauer“

u. a. folgendes: „Das Leben ist schwer, aber niemals so schwer, daß wir es nicht ertragen könnten. Wir müssen es nur lernen, unsere kleinen Freuden zu suchen und zu sehen. Wir müssen es einmal wieder von den kleinen Kindern lernen, ein wenig „staunend“ vor den vielen kleinen Dingen des Alls zu stehen. Staunend uns über winzige kleine Sachen zu freuen, das bedeutet Lebenskunst. Warum brauchen wir immer soviel von außen, damit uns das Leben begehrenswert erscheint? Hasten wir nicht gleichgültig an tausend kleinen, unscheinbaren Wesenblümlein vorüber, die unseren Lebensweg säumen, weil wir nur nach den prächtigen Rosen in anderer Leute Gärten sehen?“

Da haben wir es! Ihr, die ihr am Hungertuch nagt, merkt euch die Lehre! Wenn es euch auch dreißig geht, werdet nicht verbrieft, sondern freut euch wie die Kinder und denkt nicht über eure Lage nach, damit ihr den Leuten, die hinter der Wertzeitung stehen, nicht gefährlich werdet. Der Verfasser mahnt dann weiter, nicht über die schlechten Zeiten zu jammern, sondern zu versuchen, mit Ausdauer und Tatkraft das Los zu verbessern. Wir wollen seinen Rat befolgen und versuchen, mitzuhelfen, um das Los der Bergarbeiter zu bessern. Wir wollen uns aber auch darüber klar sein, daß dieses nur geschehen kann, wenn wir einig und geschlossen in einer Organisation kämpfen, wenn wir alle Zwietracht, die jetzt noch unter den Arbeitern steckt, ausmerzen und vor allem auch erkennen lernen, daß die Unternehmer mit ihrem seichten Geschwätz in den Werkzeitungen nichts anderes im Sinne haben, als die Arbeiterschaft zu überzupfen!

Willm.

Siedlung für Arbeitslose.

Die ergangenen Vorschriften bezwecken, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und den Arbeitslosen den Lebensunterhalt zu erleichtern. Außer der eigentlichen landwirtschaftlichen Siedlung kommen hierfür in Betracht die Kleinsiedlung in der Umgebung von Städten und größeren Industriegemeinden (sogenannte vorstädtische Kleinsiedlung) und die Bereitstellung von Kleingärten für Arbeitslose. Die vorstädtische Kleinsiedlung wird auch Stadtrand-Siedlung genannt.

Mit dem beginnenden Frühjahr werden ehre ganze Reihe von Siedlungsarbeiten auch praktisch in Angriff genommen. Es seien daher einige wichtige Vorschriften zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Für die besonderen Zwecke der Stadtrand-Siedlung und für die Beschaffung von Kleingärten für Arbeitslose ist ein Reichskommissar bestellt, dem als wichtigste Aufgabe angewiesen ist, Reich, Länder und Gemeinden, die geeignetes Land besitzen, anzuhalten, Land zur Verfügung zu stellen. Steht geeignetes Land in passender Lage zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung, so kann der Reichskommissar geeignete Grundstücke gegen angemessene Entschädigung enteignen. Er kann auch Pacht- und Nutzungsrechte gegen Entschädigung aufheben. Kleinsiedlern, die als Pächter oder Erbbauberechtigte angestellt werden, soll die Möglichkeit gegeben werden, das Land als Eigentum zu erwerben. Die Siedlung wird an eine Reihe von persönlichen Erfordernissen geknüpft. Sie soll davon abhängig gemacht werden, daß der Bewerber persönlich geeignet ist und daß er während einer gewissen Wartezeit an der Aufschließung des Geländes oder an der Errichtung der Baulichkeiten mitgearbeitet hat. Sie kann weiterhin davon abhängig gemacht werden, daß er sich einer Beratung für die Bewirtschaftung seines Geländes unterwirft, und daß er sich

zu einem genossenschaftlichen Zusammenschluß, insbesondere für den Absatz seiner Produkte verpflichtet. Aus den vom Reichskommissar erlassenen Richtlinien ist zu erwähnen, daß die bauliche Ausnutzung der Siedlungsgrundstücke und der Gebäudeabstand bei der Baugenehmigung von der Baupolizeibehörde von Fall zu Fall entsprechend den örtlichen Verhältnissen festgesetzt wird. Ein einfacher und unbefestigter Zugang zu dem Siedlungsgebiete genügt. Darüber hinaus dürfen eine neue Zufahrt zu ihm sowie eigene Zufahrten zu den einzelnen Siedlungsgrundstücken nicht gefordert werden. Soweit bei größeren geschlossenen Siedlungen Zufahrtswege zur Gesamtsiedlung erforderlich sind, dürfen sie hinsichtlich Zahl, Breite und Befestigung der Wege nicht über das unbedingt notwendige Maß hinausgehen. Eine Einfriedigung der einzelnen Siedlungsgrundstücke sowie deren Anschluß an Versorgungsleitungen (Wasserleitungen, Lichtleitungen, Entwässerungsanlagen usw.) darf regelmäßig nicht gefordert werden.

Die Darlehen, welche durch Ermächtigung der Deutschen Bau- und Bodenbank AG. in Berlin als Treuhänderin des Reichs bewilligt werden, werden in der Regel unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Siedler stellen müssen so groß sein, daß die Beschaffung des Lebensunterhaltes für die Familien der Arbeitslosen durch den Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird. In der Regel sollen die einzelnen Stellen nicht unter 600 und nicht über 5000 Quadratmeter groß sein, wobei die Möglichkeit einer späteren Vergrößerung vorzuziehen ist.
2. Als Siedler kommen nur Arbeitslose oder Kurzarbeiter in Frage, die sich freiwillig melden und während einer von den Trägern der Siedlung zu bestimmenden Wartezeit von Arbeitstagen an der Aufschließung des Geländes oder an der Errichtung von Baulichkeiten mitgearbeitet haben. Besonders bevorzugt werden langfristig Arbeitslose und kinderreiche Familien.
3. Die benötigten Grundstücke sollen zunächst aus dem Eigenbesitz öffentlicher Körperschaften ohne Aufwand von Barkapital, z. B. in Form des Erbbau- oder Erbpachtrechts oder zu Eigentum (auch als Reichsheimstätten) gegen langfristige Rentenzahlungen zur Verfügung gestellt werden.
4. Die Grundstücke sollen möglichst so gelegen sein, daß die erwerbslosen Siedler bei einer Besserung der Wirtschaftslage wieder eine haupt- oder nebenberufliche Tätigkeit aufnehmen können.
5. Die Wohn- und Stallbauten müssen in einfachster Form und Ausstattung ausgeführt werden. Es dürfen nur inländische Baustoffe Verwendung finden; im übrigen ist die Wahl der Baustoffe freigestellt. Selbsthilfe-Bauweisen und Holzbauten sind zu bevorzugen.

Die Kosten für den Aufbau und die Errichtung einer Stelle dürfen ausschließlich Grunderwerb 3000 M. nicht übersteigen. Ein Teil dieser Kosten soll durch die eigene Arbeit der anzuliedelnden Erwerbslosen aufgebracht werden. Die Träger des Verfahrens sollen, soweit irgend möglich, einen weiteren Anteil entweder aus eigenen Mitteln, Mitteln der Siedler oder durch Aufnahme eines Darlehens beschaffen. Zur Deckung des Restbetrages gewährt ihnen das Reich Darlehen, die den Höchstbetrag von 2500 M. je Stelle in keinem Falle übersteigen dürfen. Diese Darlehen sind mit 4 Prozent zu verzinsen und 1 Prozent zu tilgen. Die Auswahl geeigneter Arbeitsloser ist Sache der Träger in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern und den öffentlichen Fürsorgestellen. Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen für Arbeiten dieser Art zusammenfassen, sind vorzugsweise zu berücksichtigen.

Aus dem Arbeiterparadies der Kommunisten.

Die Lebensmittelunruhe in Moskau und Leningrad haben die deutsche Sowjetpresse in schwere Verlegenheit gesetzt. Die Sowjetregierung gibt ihr nicht das Dementi, das die deutschen Kommunisten so gerne zu agitatorischen Zwecken haben möchten — eben weil die Nachrichten über diese Unruhen richtig sind. Also muß die kommunistische Presse auf eigene Faust zu lügen versuchen. Eben wollte sie den Arbeitern erzählen, wie glänzend es den russischen Arbeitern geht — und nun rebellieren die russischen Arbeiter gegen die Hungerdiktatur. Da bleibt nichts als ein dreifacher Abseugungsversuch. Tatsache ist folgendes: Seit vier Wochen hat es in Moskau und Leningrad zwar Butterkriegen, aber keine Butter gegeben. Vor Ostern wurde der Bevölkerung mitgeteilt, daß der Butterfrucht

Der Angriff

gegen die Feinde der Gewerkschaftsbewegung hat die Front der RGO. und des EVBD. ins Wanken gebracht. Die Führer des EVBD. (Funt und Genossen) müssen eingestehen, daß ihre bisherige Handlungsweise falsch gewesen ist. Sie fürchten, daß die Bergarbeiter von ihrer Unfähigkeit erfährt. Deshalb nutzt die Gelegenheit, klärt die mit dem EVBD. sympathisierenden Bergarbeiter auf!

Nicht nur gegen die RGO., sondern: der Kampf

muß erweitert werden

gegen die Rechtsblockieristen, denn auch diese benutzen jede Gelegenheit, den Auftrag des Unternehmertums, die Gewerkschaften zu zerstückeln, durchzuführen.

Schafft Aufklärung! Stärkt den Verband! Werbt neue Mitglieder!

größere Mengen von Butter abgeben. Der Preis für ein Pfund Butter gegen Marken — also ein verbilligter Preis — hatte vor vier Wochen 2,50 Rubel betragen, jetzt sollten die Frauen sieben Rubel bezahlen. Die Folge war, daß die Läden zertrümmert, die Verkäufer verprügelt und die Butter gratis mitgenommen wurde. Berittene K.P.U.-Truppen trieben die Frauen mit Gewalt auseinander. Stalins Kojalen gegen hungernde Frauen!

Die Preissteigerung durch die Inflation ist hier ganz einwandfrei zu erkennen. Was tut die Sowjetregierung, nachdem sie selbst Preise festgesetzt hat, die die Arbeiter nicht mehr bezahlen kann? Sie läßt angebliche „Spekulanten“ verhaften, die die Butter zum Zwecke der Preissteigerung aufgekauft haben sollen. Der Zorn des Volkes soll von der Stalindiktatur abgelenkt werden.

Ebenso miserabel wie die Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Butter ist die Fleischversorgung. Die Fleischkarte ist längst illusorisch geworden, weil kein Fleisch vorhanden ist! Die deutsche kommunistische Presse lügt ihren Lesern etwas vor über die Fleischmengen, die ein Arbeiter in Moskau erhält. Die Mengen stimmen schon — auf dem Papier der Fleischkarte, aber Fleisch gibt es darauf nicht. Darüber herrscht große Unzufriedenheit. Nach dem Warnungssignal der letzten Lebensmittelkarten hat sich die Diktatur entschlossen, etwas zur Befähigung der Gärung zu tun. Die Sowjetregierung leilt amüch mit: „Durch Beschluß der Sowjetregierung und der kommunistischen Parteiführung wurden mehr als 30 Direktoren staatlicher Güter für Viehzucht, Milchwirtschaft, Schweinezucht und Schafzucht wegen Milchwirtschaft zu gerichtlicher Verantwortung gezogen. Weiter 100 Direktoren wurden ihrer Ämter enthoben, da im letzten Jahre die Lieferpläne der Viehgüter nur zu 69 Prozent erfüllt wurden, wodurch erhebliche Schwierigkeiten in der Versorgung der Städte und der Arbeitergebiete entstanden. Durch Beschluß der Regierung wurde die Reorganisation aller Viehgüter bis August angeordnet.“

Es werden wieder Spezialisten geopfert für die Sünden des Regimes! Der Fleischmangel ist eine direkte Folge der Stalindiktatur. Die Kulakenverordnungen und die Zwangs Kollektivierung haben zu einer weitgehenden Abschichtung des Viehstapels geführt. Stalin hat deshalb einen Rückzug angetreten: es wird künftig den zwangs kollektivierten Bauern gestattet, eine Kuh, Schweine und Geflügel als Privateigentum zu halten, ohne daß sie deshalb als Klassen verfolgt werden. Damit nicht die Meinung entsteht: Stalin ist schuld, wie dieser Rückzug beweist, werden 130 Direktoren als Schuldlinge abgeschlachtet! Nun weiß die städtische Bevölkerung: Fleisch gibts nicht, obwohl Wäterschen Stalin alles so schön vorgelesen hatte, weil zehn Tausend Direktoren, Spezies mit höherem Einkommen, jobolliert haben. Die Frage ist, ob die Bevölkerung es glaubt. Es ist möglich, daß sie es glaubt; denn schlechte Meinungen über Stalin zu haben, ist gefährlich, und an den Direktoren darf man die aufgeschichtete Wut auslassen.

Für deutsche Arbeiter aber, die von ehre nicht von der Sowjetdiktatur abhängigen Presse unterrichtet werden, sind die Zusammenhänge klar. Wo bleiben die Lügen der kommunistischen Presse in Deutschland, wenn die Sowjetregie selbst feststellt, daß erhebliche Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung der Städte und der Arbeitergebiete entstanden sind?

Die Lage der russischen Arbeiter unter der Despotie Stalins ist unendlich viel trauriger als die Lage der deutschen Arbeiter. Wer deutschen Arbeitern russische Verhältnisse wünscht, der wünscht ihnen Unglück!

Ein sachmännliches Urteil über die Gewerkschaftspresse.

In dem Organ des Reichsverbandes der deutschen Presse, „Deutsche Presse“ (Nr. 12) befindet sich ein Artikel über „Die Presse der Gewerkschaften in Deutschland“. Diese Arbeit kann um so mehr Beachtung finden, weil sie von sachmännlicher Seite kommt. Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftspresse wird von dem Verfasser dieses Artikels, Heinrich Hoffmann, mit folgenden Worten anerkannt:

„Die Gewerkschaftspresse gehört zu den stärksten Mitteln der neuzeitlichen Massenbeeinflussung und hat in den Jahrzehnten ihres Bestehens und Wirkens sich große Verdienste um die Erziehung und die geistige Entfaltung der breiten Volksmassen erworben.“

Ueber die Ausgestaltung der Gewerkschaftspresse und deren Wert wird folgendermaßen geurteilt:

„Die eigentlichen Berufsfragen sind aus der Verbandspresse zurückgedrängt oder gänzlich ausgeschaltet. Dafür ist aber in zunehmendem Maße der Familien- und Unterhaltungsteil der Gewerkschaftspresse ausgebaut und verfeinert worden. Zeichentafel und Autotypie, Kamera und Reportage haben vielfach schon die langweiligen Versammlungsberichte und Konferenzprotokolle verdrängt. Auch drucktechnisch, im Umbruch und Subjpiegel, zeigte sich in den letzten Jahren ein energischer Zug zum Modernen. Viele Zeitungen der freien Gewerkschaften benutzen jetzt nur noch Antiquaschrift und teilen ihren jumeist sich aus dem Din-Format ergebenden Raum in drei bis vier Spalten, um dadurch größere Wirkungsmöglichkeiten beim Umbruch zu gewinnen. In „Fachauschüssen“, die sich die Redakteure der Gewerkschaftspresse im Rahmen ihrer Spitzenverbände geschaffen haben, werden Fragen der beruflichen Fortbildung, der textlichen Ausgestaltung der Gewerkschaftszeitungen, der Heranziehung tüchtiger und sachkundiger Mitarbeiter, der Honorierung und pressegesetzliche Probleme erörtert. Nach ihrer Ausgestaltung und ihrem Umfange, nach ihrer politisch wie erzieherisch gleich großen Wirksamkeit kann sich die deutsche Gewerkschaftspresse ebenbürtig einreihen in die große, vom hohen Kulturstand Deutschlands zeugende Front der periodischen Presse.“

Wenn ein Journalist den hohen Kulturstand der Gewerkschaftspresse derart hervorhebt, so können sich die Gewerkschaftsredakteure darüber freuen. Ihre Bemühungen um die Ausgestaltung ihrer Zeitungen werden selbst von sachmännlicher Seite rüchaltlos anerkannt. Aber auch die Verbandsvorstände und die Instanzen, die über die Gewerkschaftspresse mitzubestimmen haben, sollten die nachstehenden Worte eines unparteiischen Fachmannes beherzigen:

„In der jetzigen Notzeit erweist sie (die Gewerkschaftspresse) sicherlich Hunderttausenden, vielleicht sogar Millionen arbeitslosen Volksgenossen die Tageszeitung, ist sie den Familienangehörigen der Notleidenden die vielleicht einzige Lektüre, das Blatt, das durch seinen Unterhaltungsteil ein wenig über die Bitternis der trostlosen Elendslage hinwegtröstet.“

Die furchtbare Krise darf die scharfe Waffe, die die Gewerkschaftsbewegung sich in ihrer Presse geschaffen hat, nicht vernichten. Sie ist in diesen furchtbaren Zeiten, wo alles wankt, der ruhende Pol in der Erscheinungen Stucht!

HAUS UND LEBEN

Der Kämpfer.

Der gewerkschaftliche Mensch nur kann die gewerkschaftliche Arbeit verstehen und würdigen. Nur wer an einer Arbeit selber mitwirkt und in ihr praktisch handelt, spürt seine Kraft und den Wert seiner Arbeit. Nur der handelnde Mensch sieht die Grenzen des Möglichen, würdigt sein Werk und wächst durch sein Werk zu neuem und größerem Können.

„Der Mensch, der sich bloß erkennend verhält“, sagte Ricardo sich einmal, „kommt nie zur Einheit, weil es unendliche Möglichkeiten für ihn gibt; erst handelnd begrenzt er sich und wird dadurch ein einheitliches Selbst.“

So wurde durch den Kampf der Masse nicht nur die Bewegung, sondern in der Bewegung auch der einzelne Mensch. Der Mensch der Kraft, der sich nicht innerlich auflöst in phantastisches Wollen, sondern der durch jähres Schaffen den Wirklichkeitswert seiner selbst verspürt.

Der Kämpfer steht mitten im Leben. Er wurzelt in der Gegenwartigkeit. Der Widerstand wird ihm zum tätigen Trost. Die Grenze des Möglichen wird ihm zur Geduld der Kraft, die da wartet, weil erst diese Stunde das Ziel ganz schafft.

Der Kämpfer steht zwischen den Zeiten. Er phantasiert nicht von dem Zukünftigen. Er ruht auch nicht träge im Gegenwärtigen. Er ist Erhalter und Stürmer. Er trägt das Heute und zwingt die Welt dennoch aus dem Heute heraus. Und was auch draußen geschieht: er spürt es bis in seine feinsten Herzensfasern als auch sein Werk, an dem er schafft mit allen anderen und das nicht würde ohne die anderen und ihn.

Er trägt die Gemeinschaft und sich. Er trägt die Kraft. Er die Zukunft.

Er. Der Kämpfer. Dr. Gustav Hoffmann.

Gewerkschaftskampf und Deutlichkeit.

Die Gewerkschaftsbewegung will neben der politischen Demokratie die Demokratisierung der Wirtschaft erzwingen, und wir alle fühlen, daß diese Demokratie dem Wesen unseres Volkes entspricht. Aus der tiefsten Art unseres Volkes heraus schreit es nach Freiheit. Wir wollen keine bestimmenden Herren, weder im Politischen noch im Wirtschaftlichen. Wir wollen die Führer des Volkes aus dem Volke heraus. Und wir erleben nur im demokratischen Volke uns selber.

So war es seit den ältesten Zeiten im deutschen Volk. Schon der römische Schriftsteller Tacitus sprach von diesem Wesen des germanischen Volkes, und der Berliner Universitätsprofessor Dr. Brunner, der zur Zeit Wilhelms II. lehrte und darum gewiß auch für Reaktionen unverdächtig ist, der schreibt in seinem wissenschaftlichen Buche „Grundriß der deutschen Rechtsgeschichte“: „Der altgermanische Staat beruht auf demokratischer Grundlage“ und „Der politische Schwerpunkt der Völkerschaft beruht in der Landgemeinde.“ Die aber bedeutet nichts anderes als das moderne Parlament.

Was sagte demgegenüber jetzt wieder Hitler, der sich ja immer als Hüter germanischen Wesens aufzuspielen versucht? „Die Demokratie muß vergehen!“ Ja, er paßt mit seinem ganzen inneren Wesen nicht hinein in das deutsche Volk, und auch seine Einbürgerung wird ihm dieses stolze Wesen unseres Volkes nicht geben können: den Sinn für demokratische Freiheit.

Um so mehr ist es die Aufgabe des arbeitenden, unverfälschten Volkes, diese alte Art unseres Volkes zu wahren, die Freiheit zu hüten, in der Eisernen Front zusammenzustehen zu einem Hort demokratischer Freiheit und in der Gewerkschaftsbewegung zu erzwingen auch im Wirtschaftlichen die Entfaltung der unabhängigen, freien, demokratischen Wesensart unseres Volkes.

Zwei unterhalten sich!

„Guten Morgen, Wilhelm!“

„Ah, guten Morgen, Karl! Das ist aber fein, daß ich dich treffe. Ich befände mich gerade auf einem Gang zur Agitation für meine Gewerkschaft, da kam ich mir den Weg in deine Wohnung ja sparen.“

„Oh, den kannst du dir immer sparen, denn ich habe absolut keine Lust, mich von dir überreden zu lassen, in deine Gewerkschaft zu gehen.“

„Aber nanu? Gleich so forsch? Neulich, als ich so ganz zart bei dir deswegen anpochte, da warst du weniger widerpenstlich und hast mich so gemüßmaßen vertröstet. Mensch, ich kenne dich doch zu genau. Vor einem Jahre ungefähr wars, da kamst du mir mit dem Bescheid, das was wir als Gewerkschafter erreichen, bekämpft du auch ohne Anstrengung deinerseits, weißt du noch? Vergessen hast du gewiß nicht, was ich dir antwortete. Ich sagte dir, daß du nur ein gewissenloser Mensch fälschen könntest, für den ich dich nicht gern halten wollte. Eine Zeit später antwortetest du mir damit, daß die Gewerkschaften zuwenig machten, als daß du dich entschließen könntest, Mitglied zu werden. Du bist mir aber ein komischer Kauz. Erst sagst du, was ihr bekommt, erhalte ich auch, dann komme ich nicht, dann wieder sagst du, ihr schafft ja nichts, das mich anregen könnte, zu kommen. Weißt du, du begünstigst mich aber bald ein wenig unanständig zu werden. Man kann doch nur einen einzigen Grundjah haben, um nicht Gewerkschafter zu werden. Entweder dein erster, der sehr geschäftlicher Natur ist: laß die andern für mich mit sorgen! oder, die Gewerkschaften tun nichts. Nun bin ich aber neugierig, was du denn jetzt erzählen wirst.“

„Na, mein Lieber, das ist schnell erzählt. Früher kamst du zu mir, erzähltest mir von den moralischen und materiellen Erfolgen meines Verbandes, von der, wenn auch nicht gar so großen Macht. Dann sprachst du später, um zu verteidigen, was noch sei, habe auch ich mich anzuschließen. Ich glaubte dir nicht, daß überhaupt noch was zu verteidigen sei. Du sprachst von Tarifvertrag, Betriebsrätegesetz, Schlichtungsordnung, von der Sozialgesetzgebung, an deren Ausbau die Gewerkschaften ihren Anteil hatten. Ja, Mensch, was willst du mir denn jetzt erzählen, warum ich kommen soll? Sieh, die ganze Tarifvertragsgeschichte

Bochum — Bergleute.

Der eigentliche Herr an der Ruhr ist der Kumpel. Warum? Ohne den Kumpel schmeißt kein Schlot — der Kumpel ist das Schöpfwerk!

Der „Profitherr“ ist das Krebsgeschwür an der Ruhr — eine ganze Land- und Volksschaft krank an ihm.

Wenn der Staat ein guter Onkel Doktor wäre — dann würde er das Krebsgeschwür ausschneiden — und den Pöbel in eigene Regie nehmen.

Aber der Staat — leider hat er noch immer das Blut des Profittkapitals — das Skelett von Weimar alleine tut's nicht.

Bochum ist international, der Blick seiner Kumpels ist Weltentwurf. Bochum, Cardiff, Mons, Douai, Pittsburg, Schanlung: sie alle sind Bausteine am wachsenden Weltentwurf des sozialen, allmenschlichen Zeitalters.

Ich behaupte: Ein freigewerkschaftlich geschulter Proletar von der Ruhr, der versteht mehr von den tieferen Zusammenhängen der Welt- und Volkswirtschaft, als ein Bergwerksdirektor im hohen Palast. Die stille Tiefe ist wissend. Jeder Profittgedanke verflucht.

Habsucht verdirbt den Charakter. Arbeit adelt. Schaut auf die Antike.

Die Ingenieure und die Techniker und die Rechner und die Schreiber — der gesamte Stab an der Ruhr, der wäre mit Hirn und Gemüt und Tat bei den Sozialisten: wenn er nicht die Achtung durchs Privattkapital fürchtete: die Brotloswerbding!

Bochum und sein Hinterland: das ist die eigentliche Faust, die den Göldling und Volksfeind Hitler zerschmettern wird. Ungeheure Kräfte gären vulkanisch in der Tiefe. Es wird blitzen und flammen! Wartet es ab. Max Dortu.

Der Zweck heiligt die Mittel.

Dieses Sprichwort hört man in der heutigen Zeit oft zur Rechtfertigung seines Handelns. Leider ist das eine recht billige Entschuldigung für sein Tun. Nicht selten werden Sprichwörter durch Tatsachen widerlegt. Bei ihrer Anwendung muß man daher immer eine gewisse Vorsicht walten. Schließlich deutet auch jeder die Sprichwörter wie er sie braucht. Schauen wir uns das obige an! Kann es nicht jede Partei, jede Organisation annehmen? Hat nicht jede Vereinigung schließlich einen Zweck? Ist deshalb jegliches Tun und Handeln der Menschen entschuldigt, weil sie einen Zweck haben? — Nach dem Sprichwort müßte es so sein, denn „der Zweck heiligt die Mittel“.

Hier drängt sich jedem Nachdenkenden ein Widerspruch auf. Oft wird zur Erreichung eines Zweckes etwas unternommen, was nicht unsere Zustimmung findet. Wenn eine Mutter, die in alten verbrannten Anschauungen über Erziehung groß geworden ist, wegen eines geringfügigen Vergehens ihr Kind brutal mißhandelt, so wird niemand dieses Tun mit dem Zweck entschuldigen, daß die Mutter ihr Kind nur deshalb strafe, weil sie „sein Bestes will“. Damit es in Zukunft nicht wieder „unartig“ ist, mußte es einen tüchtigen Dentzettel bekommen! Das ist ohne Zweifel auch ein Zweck.

Oder: Ziel und Zweck einer politischen Partei ist: Befreiung der unterdrückten Klasse. Ein hohes, edles Ziel! Wie aber, wenn man zur Erreichung dieses Zieles die gemeinsten Mittel der Verleumdung, der Lüge, der sinnlosen Beschimpfungen und bössartiger Verdächtigungen anwendet? Ist das alles, welches viele nachdenkenden Menschen vom politischen Tageskampf fernhält, in Anbetracht des guten Zweckes erlaubt? Jeder aufrichtige ehrliche Mensch fühlt sich von solch einem Treiben angeekelt und das soll gestattet sein, weil Lenin diesem Sprichwort einen politischen Charakter gab? Schließlich haben auch die Nationalsozialisten ihren Zweck. Kann man ihre hinterlistigen Ueberfälle, ihre Terrormethoden mit dem Sprichwort entschuldigen? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig! Doch möchte man hier gern mit zweierlei Maß messen.

Genuß der Beispiele! Wir sehen, daß diese billige Ausrede gegenüber den Tatsachen nicht standhält. Weiter erkennen wir aber auch, daß der Zweck durch die Mittel entheiligt werden kann. Wenn der Weg zum Ziel mit den niedrigsten, menschen-

unwürdigsten Mitteln gepflastert ist, dann beginnt man an dem Ideal des Zieles zu zweifeln. Was einem Kinde wird kein stolzer, aufrechter Mensch, das durch Schläge und Mißhandlung zur Autoritätskriecherei erzogen wurde. Und aus den Arbeitern werden keine überzeugten Klassenbewußten Kämpfer, wenn man sie durch verlogene Heße aufweckt. Ein hohes Ziel erreicht man nicht mit niedrigen Mitteln! Vielmehr müssen die Mittel dem Zweck entsprechen. Innere Wahrhaftigkeit und Reinheit der Ueberzeugung sind hier die Vorbedingungen.

Es erfordert Mut und Opferinn, durch den Sumpf der Heße, der Verleumdungen und Anpöbelungen hindurchzuwaten. Manche Arbeiter scheuen diesen Weg, weil sie ein beschauliches, ruhiges Leben mehr schätzen als den Befreiungskampf der Arbeiter. Und doch müssen wir hindurch, müssen uns Schritt für Schritt unser Ziel erkämpfen, wenn wir nicht wollen, daß den Gegnern und dem jetzigen Zustand noch Vorschub geleistet wird. Dabei sollen unsere Mittel dem Zwecke entsprechen. Man kann nicht Lüge mit Lüge und Verleumdung mit Verleumdung bekämpfen. Wir sind von der Richtigkeit unserer Sache überzeugt, darum brauchen wir in der Form nicht ausfallend zu werden. Die Bemannung muß die Menschen zum Sozialismus führen, deshalb lehnen wir die erbärmlichen Kampfmethoden der Lüge und Verleumdung ab. G. S.

Zu Fuß zum Arbeitsplatz.

Bei dem Zerreißen von Wohnung und Arbeitsstätte spielt die Art der Verkehrsgealtung eine große Rolle. Über diese Verkehrsgealtung ist heute nicht sozial. So kommt es, daß viele Arbeiter zu Fuß zur Arbeitsstelle gehen.

Das haben Untersuchungen, die man in Siedlungsgebieten von Dresden und Chemnitz angestellt hat, deutlich erwiesen. In Chemnitz ging mehr als die Hälfte der Bewohner einer Siedlung einen vier Kilometer weiten Weg zu Fuß, und gar fünf Kilometer wurden noch von 15 Prozent zu Fuß zurückgelegt. In Dresden wurde festgestellt, daß von den Bewohnern einer Siedlung vor der Stadt 33 Prozent der Bewohner die fünf Kilometer weite Strecke zu Fuß zurücklegten, 32 Prozent gingen sechs Kilometer zu Fuß und 11 Prozent gar sieben Kilometer.

Es wird niemand behaupten wollen, daß die Menschen diese großen Wege aus lauter Freude am Laufen zu Fuß gehen. Die Verkehrsmittel sind viel zu teuer und das Verkehrsnetz ist auch oft noch viel zu mangelhaft. Auch ein Rad ist noch nicht für jeden erschwinglich. Die soziale Gestaltung des Verkehrs wesens ist aber von der größten Bedeutung für die Gesundheit des Volkes, denn daß solche Märsche neben der Erwerbsarbeit eine Ueberanstrengung bedeuten, dürfte für jeden unzweifelhaft sein.

Arbeiter und König.

Die Bedürfnisse des Menschen sind im Laufe seiner Geschichte immer größer geworden. Ohne das steigende Bedürfnis des Menschen wäre nicht die Befriedigung dieses Bedürfnisses und damit die Hebung der Kultur erfolgt.

Auf eine bezeichnende Tatsache weist die „Zeitschrift für Kinderforschung“ hin, wenn sie schreibt, daß das Reinlichkeitsbedürfnis eines Arbeiters von heute größer ist als das eines französischen Königs vor 150 Jahren.

So würde auch der soziale Gedanke in vielen Menschen des arbeitenden Volkes heute viel stärker entwickelt sein, wenn in ihnen das Bedürfnis stärker entwickelt wäre. Es gibt auch heute noch trotz aller Not dieser Zeit etwas von der „verdammten Bedürfnislosigkeit“ Kulturverständlichkeiten gegenüber, wie Ferdinand Lassalle diese bedauerliche Bescheidenheit einmal treffend bezeichnet hat.

18. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 24. April bis 30. April 1932

hat sich unter Brünnings Nachwort doch als eine Farce erwiesen. Niemand hat die Verbände gefragt, als man, ohne die Möglichkeit zu fündigen, abzuwarten, einfach die Bestimmungen über die Lohnhöhe in den Tarifverträgen änderte. Alles das durch eine sogenannte Koalitionsordnung. Ich sah nirgendwo, daß sich eine Gewerkschaft ernstlich dagegen wandte. Das war doch ein offensichtlicher Bruch eines Rechts. Du sprichst doch gerade immer von der überaus sozialen Wirksamkeit der Tarifverträge, über die sogenannte Unabhängigkeit des Tariflohnes. Sieh, das hat doch nun alles keine Bedeutung mehr. Wenn, wie du mir immer jagtest, die Schaffung und Erhaltung der Tarifverträge mit das Kernstück gewerkschaftlicher Arbeit ist, so haben die Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung verloren und es wäre nutzlos, ihnen beizutreten.

„Au, au! Du reitest aber furchtbar schnell und bist sehr eifrig in deinem Beweis für die Ueberflüssigkeit meiner Organisation. Größtenteils, glaube ich, schwäzest du nur etwas nach. Zunächst aber mußt du mir zugeben, daß deine bisherige Handlungsweise eine unanständige war, das Fernbleiben von deiner Pflicht. Das gilt erst recht dann, wenn du glaubst, jetzt wärest du im Recht. Du erkennst nämlich an, daß dieses Mal ein Angriff gegen die Gewerkschaften begangen wurde, in einem Punkt, der tatsächlich, wie du schon sagst, ein Kernstück bedeutet. Machst du aber von der Tatsache des Bestehens dieses Kernstückes die Existenzberechtigung einer Gewerkschaft abhängig, so bist du schon daran, wenn sie in eine bedrängte Lage durch die Notverordnung kam. Du machtest dich einer ganzen Reihe von Vergehens schuldig. Erstens wolltest du nie die hohe Bedeutung des Tarifvertrages anerkennen, zweitens nahmst du alle Vorteile, ohne zu opfern, drittens wolltest du nie glauben, daß bereits Erreichtes in Gefahr war und tatsächlich noch Verteidigungswertes vorhanden sei. Jetzt sagst du, es ist „zu spät“. Mit diesem „zu spät“ gibst du allerdings zu, daß du bei allen anderen Gelegenheiten im Unrecht warst und eigentlich nicht ganz anständig handeltest. Ich sage dir aber: Wer dreimal und mehr im Unrecht war und es, wenn auch nur verblümt, zugibt, darf nicht erwarten, daß man ihm jetzt nachgibt und Recht gibt, denn es ist nie zu spät und ganz bestimmt jetzt nicht. Wohl aber Zeit ist es, hohe Zeit, dich auf deine Pflicht zu beinnen.“

„Du meinst also, auch jetzt habe es noch Zweck, Gewerkschafter zu werden?“

„Jawohl, wenn irgendwam, dann beweist die jetzige Zeit die unumgängliche Notwendigkeit der Gewerkschaften. Gar nichts ist bisher verloren. Das, was dir als Verlust erscheint, ist nur ein Versuch, die Gewerkschaften auszuscheiden, es muß bei diesem Versuch bleiben. Du darfst nicht glauben, daß es den Gewerkschaften im Zeichen der Weltwirtschaftskrise möglich ist, materielle Vorteile zu erwingen. Daß wir nicht als Arbeiter schon tiefer im Dred sitzen, die Tarifverträge ganz beseitigt sind, die Sozialgesetzgebung längst zerfallen ist, ist eben ein Verdienst der Gewerkschaften, die gerade in solchen Zeiten ihre große Bedeutung zeigen. Das ist natürlich nicht sofort klar ersichtlich, man muß schon denken, das aber trauere ich dir zu. Sieh, erst der vermeintliche Verlust gewerkschaftlicher Errungenschaften, vermeintlich sage ich, denn es ist in Wahrheit nur eine Beschränkung materieller Dinge, machte dich auf das, was die Gewerkschaften getan und tun können und noch werden, aufmerksam. Das könnte für alle Arbeiter eine heilsame Lehre sein, ihre Lage ein wenig besser zu betrachten. Ich glaube, du fängst schon damit an. Wenn du aber jetzt einsehst, daß noch gar nichts verloren ist, daß es höchstens in Gefahr ist, dann solltest du auch einsehen, was du nun mußt.“

„Nun, was muß ich da tun?“

„Weißt du, diese Frage stellst du mir aus Verlegenheit, die Antwort heißt: Kämpfen! Wo man kämpft um die Freiheit der Arbeiterkraft, um die Erhaltung aller sozialen Einrichtungen, wo man kämpft um die Aufstiegsmöglichkeit der Arbeiterkraft, um die Eroberung eines hohen sozialen und kulturellen Niveaus der Arbeiterkraft, wo man bisher schon mit Erfolg um all das gerungen, weißt du auch. Frage nicht mehr, sondern handle. Handle nicht nur einmal, durch den Einfluß Gewerkschafter zu werden, sondern handle nun und immer. Sorge für weiteste Verbreitung dessen was ich dir sagte und du glaubst. Stärke unsere Reihen! Sorge für neuen Mut! Wache gut, was du bisher verschuldet und der Erfolg ist unser!“

„Gut, lieber Freund, ich bin überzeugt und schäme mich, daß ich es nicht schon eher war. Ich gehöre zu euch und will sorgen, daß wir mehr, daß wir stärker werden. Auf Wiedersehen, Karl!“

„Auf Wiedersehen, Wilhelm!“ M. Heiland.

Bericht der Hauptkasse für das Geschäftsjahr 1931.

(1. Februar 1931 bis 31. Januar 1932.)

Einnahme.	
Kassenbestand	7 779,06 M.
Beiträgen	4 898 441,22 "
Eintrittsgeldern	7 857,50 "
Abonnenten	8 285,91 "
Extrabeiträgen	22 681,30 "
Rückzahlungen	133 256,68 "
Zinsen	447 073,69 "
Druckfachen, Büchern, Broschüren	71 424,42 "
Einnahmen aus Grundstücken	31 492,80 "
Aufwertungen	27 222,15 "
Diverse Einnahmen	25 834,83 "
Banken und Sparkassen	700 549,26 "
	6 379 898,82 M.

Ausgabe.	
Vergütung an die Ortsverwaltungen	591 832,79 M.
Vergütung an die Bezirke	844 259,95 "
Konferenzen	50 896,42 "
Agitation und Versammlungen	25 927,72 "
Erwerbslosenunterstützung	3 584 143,10 "
Streik- und Gemahregelunterstützung	52 804,26 "
Besondere Unterstütlungen	14 423,69 "
Sterbegeld	105 232,59 "
Rechtsschutz und Gerichtskosten	59 349,30 "
Verbandsorgane, Druckfachen, Porto	378 194,05 "
Bildungszwecke	137 467,30 "
Verwaltungskosten, persönlich	132 074,96 "
Verwaltungskosten, sächlich	29 606,09 "
Versicherungsbeträge einschließlich Versicherung für ehrenamtliche Funktionäre	147 637,15 "
Bundesbeiträge	57 369,57 "
Unterhaltungskosten für Grundstücke	22 583,14 "
Diverse Ausgabe	117 239,96 "
Kassen- und Scheckbestand	28 856,78 "
	6 379 898,82 M.

Vermögensübersicht am 31. Januar 1932.	
1. Grundstückskonto	726 674,00 M.
2. Hypotheken, Darlehen und Beteiligungen	1 119 412,70 "
3. Effekten	1 891 582,50 "
4. Banken und Sparkassen	4 337 883,76 "
	8 075 552,96 M.

Bestand in den Bezirkskassen	617 849,37 "
Bestand in den Ortskassen	120 199,62 "
	Insgesamt 8 813 601,95 M.

H. Wittner, Kassierer.

Vorliegende Abrechnung wurde mit den Belegen, Büchern und der Kasse in Übereinstimmung befunden.
Bochum, den 20. März 1932.

Für den Vorstand: Biedmann.

Für die Kontrollkommission: Kauer mann.

Anmerkung zum Kassenbericht.

Die am Jahreschluß 1930 hier und dort gehegte Hoffnung, daß im Jahre 1931 eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten würde, hat getrogen. Anstatt Besserungen sind weitere Verschlechterungen eingetreten, die im Bergbau einen weiteren Abbau der Belegschaft und viele Millionen Feierschichten zur Folge hatten. Die Auswirkung all dieser Verschlechterungen waren für den Verband Mitgliederrückgang, Verminderung der Beitragseinnahme und Steigerung der Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung.

Gemeßen an der Tatsache, daß die Kampffront gegen die Gewerkschaften im Berichtsjahre breiter und schärfer wurde, die Belegschaft aber wiederum um viele tausend Mann geringer, sind alle gewerkschaftlichen Vorgänge im Jahre 1931 anders zu werten als in den Jahren vorher, darunter natürlich auch die gesamte Beitragsgestaltung der Verbände.

Während die Einnahme aus Beiträgen im Jahre 1930 6 109 306,03 M. betrug, ging sie im Jahre 1931 auf 4 898 441,22 M. zurück. Der Rückgang der Einnahme ist zum Teil auf die Verminderung der Mitgliederzahl zurückzuführen, in der Hauptfache aber auf den Rückgang der Löhne, verursacht durch Lohnabbau und Kurzarbeit. Neben den Beiträgen für die Hauptkasse wurden in den Bezirken noch 715 508,29 M. aus Bezirksbeiträgen vereinnahmt, so daß die Gesamteinnahme aus Beiträgen 5 611 949,51 M. beträgt.

Einen weiteren Rückgang weist die Einnahme aus Eintrittsgeldern nach. Die Einnahme daraus betrug für das Geschäftsjahr 1930 22 279,68 M., im Berichtsjahr 7 857,50 M. Auch hier ist die rückläufige Bewegung in der Hauptfache auf die Verminderung der Belegschaft zurückzuführen, zum anderen Teil aber auf die immer intensivere Bekämpfung der Gewerkschaften, deren Feinde besonders im Jahre 1931 der Anzahl nach immer größer wurden. Die Einnahme für Privatabonnements und Extrabeiträge betrug im Jahre 1930 37 619,03 M., im Jahre 1931 30 967,21 M. Die Zahlung der Extrabeiträge erfolgte durch die Angestellten des Verbandes und durch Mitglieder, die sich heute in gemeinwirtschaftlichen und Kommunalbetrieben in Arbeit und Stellung befinden.

Vereinnahmt wurden aus Zinsen im Jahre 1930 416 261,89 M., im Berichtsjahr 447 073,69 M., mithin 30 811,80 M. mehr.

Die Einnahme aus Grundstücken betrug 1930 31 389,91 M., im Berichtsjahr 31 492,80 M., mithin weniger 2897,11 M.

Die in Erscheinung tretende Einnahme aus Aufwertungen im Betrage von 27 222,15 M. ergibt sich aus einer nachmaligen Erhöhung der Aufwertung für Beträge aus der Inflationszeit.

In dem Betrag „Diverse Einnahme“ 25 834,83 M. sind enthalten Effekten- und Kursgewinn im Betrage von 14 000 M., einige Rückzahlungen von Bezirken und Erlös für verkauftes Material.

Aus der Einnahme von Banken im Betrage von 700 549,26 M. ist ersichtlich, daß die Ausgaben, besonders für Unterstütlungszwecke, in Verbindung mit den übrigen Ausgaben die Gesamteinnahme aus Beiträgen im Berichtsjahr erheblich überstiegen.

Im Frühjahr 1931 hatten wir vorausgesetzt, daß verschuldet durch Lohnabbau und Kurzarbeit, die Beitragseinnahme schätzungsweise um ungefähr eine Million zurückgehen, die Ausgabe für Unterstütlungszwecke aber, besonders für Arbeitslosenunterstützung, sich um zwei Millionen steigern würde.

Die Voraussetzungen für die Beitragseinnahme wurde überschritten, bei der Ausgabe für Unterstütlungen nicht ganz erreicht. Infolge Sparmaßnahmen und Einnahmerrückgang aus Beiträgen haben fast alle Ausgabenposten ausschließlich der Ausgabe für Unterstütlungen sehr starke Einschränkungen erfahren.

Die Ausgabe für Vergütungen und Agitation, Versammlungen und Konferenzen betrug 1930 2 070 166 M., im Jahre 1931 1 512 917 M. oder 557 249 M. weniger.

Die Ausgabe für Unterstütlungen betrug 1930 3 750 193 M., im Berichtsjahre 3 756 603 M. Trotzdem wir im Jahre 1931 einen Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen hatten, die Unterstütlungssätze gefürzt wurden und die Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung, verschuldet durch Krankheit, zurückging, erhöhte sich die Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung von 3 119 917 M. im Jahre 1930 auf 3 584 143 M. im Berichtsjahre.

Getrennt betragen die Ausgaben für Unterstütlungen in den Jahren 1930 und 1931 wie folgt:

	1930	1931
Erwerbslosigkeit, verursacht durch Krankheit	755 117,46 M.	531 870,09 M.
Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit	2 364 799,62 M.	3 052 273,01 M.
Gemahregel- und sonstige Unterstütlung	522 585,17 M.	67 227,95 M.
Sterbegeld	107 690,81 M.	105 232,59 M.
	3 750 193,06 M.	3 756 603,64 M.

Die Mehrausgabe für Unterstütlung insgesamt gegenüber 1930 beträgt etwas über 6000 M., die Mehrausgabe für Erwerbslosenunterstützung 465 000 M., anteilig für Erwerbslosenunterstützung, verschuldet durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, aber 687 473,39 M. Die letzte Zahl besonders zeigt, in welchem Ausmaße Entlassungen und Kurzarbeit im Berichtsjahre auch im Bergbau zugenommen haben.

Die Ausgaben für Rechtsschutz haben sich um 22 377,89 M. vermindert, und zwar von 81 727,19 M. im Jahre 1930 auf 59 349,30 M. im Jahre 1931. In den Bezirken wurden neben der Ausgabe der Hauptkasse noch 83 400,25 M. für Rechtsschutz und Gerichtskosten ausgegeben, so daß die Gesamtausgabe 142 749,55 M. beträgt. Die Ausgabe für Bildungszwecke einschließlich der Ausgaben der Bezirke betrug 1930 278 519,73 M., im Jahre 1931 232 985,94 M., mithin weniger 45 533,79 M.

Über 100 000 M. Ersparnisse wurden gemacht für die Herstellung unserer Fachorgane. Die Ausgabe dafür betrug 1930 481 873,93 M., im Jahre 1931 nur 378 194,05 M. Die Ersparnisse sind einmal darauf zurückzuführen, daß sich im Berichtsjahre die Auflage verminderte und daß die dann noch verbleibende Auflage in ihrer Seitenzahl vermindert wurde, weiter aber auch durch Lohnabbau und Verbilligung des Materials.

Ebenfalls zurückgegangen sind die Ausgaben für Verwaltung persönlich und sächlich. Die persönlichen Verwaltungskosten der Zentralverwaltung betragen 1930 150 398 M., im Jahre 1931 132 074,96 M., weniger 18 323,04 M. Die Gehaltssumme selbst verminderte sich natürlich noch um die gezahlten Extrabeiträge, die in der Einnahme verbucht sind. Eine stärkere Verminderung der Ausgabe für persönliche Verwaltungszwecke zeigt mit Jahreschluß um den dann einkehrenden Gehaltsabzug ein. Die sächlichen Verwaltungskosten betragen 1930 43 118,94 M., im Berichtsjahre 29 606,09 M., also 13 512,85 M. weniger.

Die Ausgaben für Sozialbeiträge einschließlich der Versicherung für alle ehrenamtlichen Funktionäre, Bundesbeiträge und Grundstückunterhaltungskosten betragen im Jahre 1930 285 023,06 M., im Berichtsjahr 227 589,86 M. oder 57 433,20 M. weniger. In der Position „Diverse Ausgaben“ sind enthalten etwa 80 000 M. Abrechnungsreste und Vorläufe an Bezirke, einige Abschreibungen, zurückgezahlte Beiträge, Depot-, Bankkosten usw.

Unter der Anmerkung zur Einnahme wurde schon darauf hingewiesen, daß auch in diesem Jahre keine Erübrigung gemacht werden konnte, sondern daß neben dem Verbrauch der gesamten Beitragseinnahme zur Deckung der gesamten Ausgaben noch etwa 700 000 M. den Rücklagen entnommen werden mußten.

Die Gesamtausgabe für das Berichtsjahr beträgt 6 351 042,04 M., die Einnahme aus Beiträgen aber nur 4 898 441,22 M., so daß neben der gesamten Beitragseinnahme noch 1 454 600,82 M. zur Deckung aller Unkosten erforderlich war.

Damit hat natürlich der Vermögensbestand der Hauptkasse eine weitere Verminderung erfahren. Der Bestand der Hauptkasse betrug am Jahreschluß 1930 8 834 204,12 M., am Jahreschluß 1931 8 075 552,96 M. Gleichzeitig haben die Bestände der Bezirkskassen eine Verminderung von 91 786,79 M. und die Bestände der Ortskassen eine Verminderung von 1656 M. er-

fahren. Die Bestände der Bezirkskassen betragen am Jahreschluß 1930 709 636,16 M., am Jahreschluß 1931 617 849,37 M., die der Ortsstellen 1930 121 855,62 M., 1931 120 199,62 M. Der Gesamtvermögensbestand des Verbandes einschließlich der Bestände in den Bezirken und Ortsstellen betrug am Jahreschluß 1930 9 665 695,90 M., am Jahreschluß 1931 8 813 601,95 M. Die Vermögensverminderung am Jahreschluß 1931 beträgt mithin 852 093,95 M.

Wenn die in den Jahren 1924 bis Ende 1929 gemachten Rücklagen für den Kampffonds ihre eigentliche Zweckverwendung nicht fanden, dann heute in anderer Form, und zwar als Unterstütlung für Arbeitslose und Kurzarbeiter in ihrem sehr schweren Kampf ums Dasein überhaupt. Wer will es leugnen, daß der schon seit Jahren von Millionen Arbeitlosen geführte Daseinskampf viel schwerer ist als ein gewerkschaftlicher Kampf, der vielleicht einige Wochen oder Monate dauert und von dem am Kampfe Beteiligten auch nur für diese Zeit Entbehrungen materieller und kultureller Art erfordert.

Gesehen von diesem Gesichtspunkte, ist die heute gezahlte Erwerbslosenunterstützung der sonstigen Kampfunterstützung gleich zu achten. Gleichzeitig aber entfällt für alle noch in Arbeit stehenden und voll verdienenden Mitglieder die Verpflichtung, dem Verbands die ihrem Einkommen entsprechenden Beiträge zu zahlen, um der Organisation die Möglichkeit zu geben, die Zahlung der Unterstütlung bis zur Wiederkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse aufrechtzuerhalten.

Die Dauer der Unterstütlungsmöglichkeit wird nicht nur abhängig sein von der Beitragsleistung und der noch vorhandenen Vermögensbestände, sondern in der Hauptfache von der allen gewerkschaftlichen Solidarität, die im Laufe der Jahrzehnte die deutsche Gewerkschaftsbewegung schuf und groß werden ließ.

Trotz allem Optimismus für die wirtschaftliche Zukunft werden wir im Jahre 1932 mit einer weiteren Verminderung der Beitragseinnahme infolge Lohnabbau und Kurzarbeit zu rechnen haben, zumindestens aber mit derselben, wenn nicht noch steigenden Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung wie im Jahre 1931. Mit Bestimmtheit ist deshalb auch für das Jahr 1932 mit einer weiteren Verminderung unserer Vermögensbestände zu rechnen. Aber selbst das muß bis zu einer gewissen Grenze in Kauf genommen werden, wenn es damit gelingt, vielen Tausenden arbeitslosen Mitgliedern über die Krisenzeit hinwegzuhelfen und ihnen und ihren Familien das Los zu erleichtern.

Die Gewerkschaften haben im Laufe der letzten Jahre viele Millionen für Unterstütlungszwecke ausgegeben und damit den Zweck der Solidarität erfüllt. Hoffen wir deshalb, daß die gewerkschaftlichen Unterstütlungseinrichtungen, getragen von dem Gedanken der Solidarität, auch in der Folgezeit noch aufrechterhalten bleiben können, um zwischen der Arbeiterschaft und ihren Verbänden neue unzerstörbare Fesseln zu schmieden.

H. Hansmann & Co., Bochum.

Soll		Bilanz am 31. Dezember 1931		Haben	
	R.M.	fl.		R.M.	fl.
Kasse	4 228	41	Darlehen	857 645	00
Bant	215	25	Saldo	29	49
Inventar	3 858	50			
Maschinen	41 784	48			
Schriften	3 127	85			
Grundstücke	804 444	00			
Anteil	20	00			
	857 674	49		857 674	49

Gewinn und Verlust am 31. Dezember 1931

	R.M.	fl.		R.M.	fl.
Lohn	85 452	11	Zeitung	41 208	00
Personalversicherung	12 885	64	Grundstückbetrag	5 603	89
Fabrikationskosten	7 154	78	Druckfachen	30 814	76
Handlungsumkosten	5 385	21	Buchbinderei	20 458	14
Feizung und Beleuchtung	1 430	86			
Steuer	4 741	75			
Saldo	29	49			
	117 079	29		117 079	29

Bochum, den 31. Dezember 1931.

H. Hansmann & Co.

Wilh. Kauer mann.

Geprüft und richtig befunden:

Der Vorstand:

J. A.: Karl Biedmann.

Der Kontrollauschuß:

J. A.: Ferdinand Höhn.

Aus dem Ruhrrevier.

Zwei alte, treue Kämpfer.

Heinrich Struwe.

Am 17. April wurde unser Kamerad Heinrich Struwe (E.-Fulcrum) 80 Jahre alt. Er ist auch einer von den Alten, die dem Verband seit seiner Gründung treu geblieben sind. Am 1. Januar 1890 trat er der neuen Bergarbeiterorganisation bei, und in all den bewegten Jahren, die der Verband bisher gesehen hat, hat Heinrich Struwe unverdrossen an dem Aufbau desselben mitgearbeitet. Als Funktionär stand er wiederholt in vorderster Reihe. Wir können stolz auf solche Kämpfer sein! Hoffentlich ist unserm alten Kämpfer ein sonniger Lebensabend beschieden. Zu seinem 80. Geburtstag überbringen wir ihm die kameradschaftlichen Glückwünsche der Organisation. Möge die Jugend das Werk dieser Pioniere der Arbeiterbewegung nicht vergessen, sondern in ihrem Sinne weiter arbeiten und weiter kämpfen für das unterdrückte Proletariat!

Dietrich Sieberg.

Am 24. April d. J. feierte unser Kamerad Dietr. Sieberg (Zahlstelle Querenburg) seinen 70. Geburtstag. Fast vier Jahrzehnte gehört er dem Verbands an. Er war Mitgründer unserer Zahlstelle im Jahre 1896. Sein ganzes Leben war gewerkschaftliche Arbeit. Viele Jahre war er als Funktionär tätig. In der Zeit des elenden Dreiklassenwahlrechts wählten ihn seine Mitkameraden zum sozialistischen Gemeindevertreter. Die Zahlstellenmitglieder hoffen und wünschen, daß Kamerad Sieberg noch lange in bester Gesundheit unter ihnen weilen möge. Der Jugend diene er als Vorbild gewerkschaftlicher Pflichterfüllung!

Die Stellungnahme des Reichsarbeitsministers zur Urlaubsregelung im Ruhrbergbau.

Der im Urlaubsstreit für den Ruhrbergbau mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter gefällte Schiedspruch wurde bekanntlich von den Gewerkschaften angenommen. Die Gewerkschaften stellten dann auch gleichzeitig den Antrag beim Reichsarbeitsminister, diesen Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Der Reichsarbeitsminister teilt hierauf den Gewerkschaften durch Schreiben vom 18. April d. J. folgendes mit:

„Bei dem engen Zusammenhang, der zwischen dem durch den Schiedspruch vom 21. März 1932 verlängerten Zusatzabkommen zur Urlaubsregelung und den grundsätzlichen Bestimmungen des Mantelvertrages über die Urlaubsgewährung besteht, erscheint es mir unzulässig, über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 21. März 1932 vorab zu entscheiden. Ich stelle daher die Entscheidung über diesen Antrag bis zu einer Einigung der Tarifparteien oder bis zum Vorliegen eines Schiedspruches über die künftige Gestaltung des Mantelvertrages für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau zurück.“

Die Regelung des Urlaubs soll also mit den demnächst stattfindenden Verhandlungen über den Mantelvertragsvertrag verbunden werden. Welche Absichten hierbei zugrunde liegen, ist schwer zu erkennen. Wir richten daher an den Reichsarbeitsminister die Fragen: Ist der Reichsarbeitsminister geneigt, den Wünschen der Unternehmer in dieser Frage Rechnung zu tragen? Will man den Bergarbeitern weitere Opfer auferlegen? Bei den Schlichtungsverhandlungen konnten die Arbeitnehmervertreter nachweisen, daß die Befastung des Ruhrbergbaues durch die Urlaubsrichtigen ganz gering ist; daß selbst, wenn den Forderungen der Unternehmer Rechnung getragen würde, von einer namhaften Entlastung des Bergbaues nicht gesprochen werden könnte. Wir erinnern des weiteren den Reichsarbeitsminister an seine Erklärungen, wonach an eine weitere Verschlechterung der Lohn-

und sonstigen Arbeitsbedingungen vornehmlich der Bergarbeiter nicht mehr gedacht werden könne. Wir erwarten, daß der Reichsarbeitsminister zu seinen Worten steht und den Bergarbeitern keine weiteren Opfer auferlegt!

Gedenkfeier für Otto Hue.

Anlässlich des zehnten Todestages von Otto Hue veranstaltete unser Verband am Grabe des Verstorbenen eine Gedenkfeier. Kamerad Martini als Vertreter des Verbandsvorstandes würdigte in einer Gedächtnisrede nochmals die Verdienste des großen Toten. Umrahmt wurde die Feier durch zwei Lieder, gesungen von den Gewerkschaftskollegen des graphischen Berufes.

Den Abschluß der Gedenkfeier bildete die Einmauerung einer Ehrenurkunde, die wie folgt lautet:

„In diesem Ehrengrabe der Stadt Essen wurde im Jahre 1922 Otto Hue beigesetzt.“

Seine Freunde haben ihm diesen Erinnerungsstein errichtet als Zeichen des Dankes und der Verehrung einem Manne gegenüber, der sein Leben der Arbeiterbewegung, den deutschen Bergarbeitern, gewidmet hat, für sie in Wort und Schrift, mit Rat und Tat als aufrechter Sozialist eintrat und ihr ein unvergessener Führer in schwerer Zeit wurde. In seiner Bahne trauerten Millionen Volksgenossen und Mitarbeiter in aller Welt.“

Den NSBD-Maulhelden zur Kenntnis.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Unter der Überschrift: „Zeche Hannibal — Ein routinierter Bönze“, wurde in der Betriebszellen-Zeitung der NSBD, „Die Faust“, verfaßt, mir etwas anzuhängen. Hierzu möchte ich bemerken: Es stimmt, daß ich langjähriges Betriebsratsmitglied der Zeche Hannibal gewesen bin. Daß ich unter Kündigungsdruck stand, habe ich der Belegschaft nie verschwiegen, sondern immer gesagt: „Hätten die Belegschaftsmitglieder mich nicht in die Betriebsvertretung gewählt, wäre ich bestimmt schon am 1. Dezember 1923 gekündigt worden.“ Dieses wußten die Beamten sowie die Belegschaftsmitglieder ebenso gut wie ich selbst. Den Belegschaftsmitgliedern kann ich nur danken für das Vertrauen, das sie dem Bergbauindustrialarbeiterverband entgegenbrachten, indem sie mich gewählt haben. Der Schreiber des Artikels sagt aber, daß ich den Kündigungsdruck gebührend für mich ausgeübt hätte. Dieses kann ich nur als eine gemeine Verleumdung betrachten und ihm sei gesagt, daß er ein ehrloser Verleumder ist, denn die Belegschaftsmitglieder haben durch die Wahlen den Beweis erbracht, daß ich ihre Interessen vertreten habe und nicht die meinen. Nun zu dem Auspruch, den ich vor einigen Monaten dem Kameraden K. gegenüber im folgenden Wortlaut gemacht haben soll: „Es ist Nebensache, ob wir heute noch Geld verdienen und einen anständigen Lohn haben. Wir sollen froh sein, daß wir heute überhaupt noch leben können.“ Ich kann dieses nur als eine gemeine Lüge betrachten. Den Kameraden K. aber, der zu feige ist, in dem Artikel seinen Namen zu nennen, bezeichne ich deswegen als einen großen Feigling. Ich werde nach wie vor für die Bergarbeiter mit dem Bergbauindustrialarbeiterverband für höheren Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit und für Ausbau der Sozialversicherung kämpfen. Ja, ihr Nazioten, ich bin Mitglied der Eisernen Front und es freut mich, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hierzu aufgerufen hat, um geschlossen mit allen Republikanern

gegen den Faschismus zu kämpfen. Daß ich Knappschaftsältester bin, braucht nicht geschrieben zu werden, weil die Bergarbeiter sowie die Sympathisanten es sehr gut wissen, sonst würde ich nicht von allen, soweit dieselben mich kennen, um Rat gefragt. Mein Sohn soll wohlbestallter Knappschaftsbeamter sein, ich frage nun: „Wird im „Dritten Reich“ ein 17-jähriger schon Beamter?“ — wenn ja, dann kann ich es gut verstehen, daß die jungen Menschen aus einem Irrwahn sich der Hitlerbewegung anschließen, aber nicht aus Ueberzeugung. Es wird weiter geschrieben, ich könnte die Miete für eine Sechszimmerwohnung bezahlen, aber den Kameraden müde ich zu, daß für sie ein anständiger Lohn Nebensache sei, welches ja auch die Meinung meiner Gewerkschaft und Partei sei, sonst hätten sie nie und nimmer der Notverordnung zugestimmt. Dem Artikelschreiber sei gesagt, daß Gewerkschaft und Partei den Notverordnungen nicht zugestimmt hätten, weil dieselben nie gehört wurden, aber trotzdem wurden durch ihr Eingreifen manche Härten beseitigt. Aber was der Bauer nicht kennt, kann auch ein Bergschütler oder angehender Beamter im „Dritten Reich“ nicht verstehen. Ich glaube somit dem Artikelschreiber genant zu haben. Nun zum Schluß sei noch gesagt, daß ich mit meiner Gewerkschaft und Partei für eine bessere Stellung der Bergarbeiter eintreten werde und ich rufe den Kameraden zu: „Tretet ein in den Bergbauindustrialarbeiterverband und laßt euch von den NSBD-Maulhelden nicht irreleiten, denn das „Dritte Reich“ würde für die Bergarbeiter wie für alle Arbeiter eine große Enttäuschung sein.“

Karl Zimmermann.

Aus dem Saarrevier.

Die Bezirkskommission unseres Verbandes zur Entlassung der 2000 Bergarbeiter und Grubenstilllegung.

Die Bezirkskommission des Verbandes der Bergbauindustrialarbeiter nahm in ihrer Sitzung vom 18. April u. a. auch Stellung zu den erneuten Maßnahmen der Bergwerksdirektion betreffs Grubenstilllegung und Entlassung von 2000 Bergarbeitern.

Nach einem Bericht des Bezirksleiters Schwarz, dem sich eine eingehende Aussprache anschloß, bekräftigte die Bezirkskommission ihre Auffassung in nachstehender Entscheidung: „Die Bezirkskommission des Verbandes der Bergbauindustrialarbeiter, Bezirk Saarbrücken, protestiert gegen die erneuten Maßnahmen der französischen Grubenverwaltung, welche 2000 Bergarbeitern und ihren Familien die Existenz raubt.“

Die Entlassungen erfolgen in sehr vielen Fällen ohne Rücksicht auf die Familie und Dienstzeit. Unpünktige Gefinnungsschnüffler der Grubenverwaltung unter Berufung der angelegten Personalisten dient als Unterlage zur Entlassung. Bergarbeiter, welche 30 Jahre ihre Arbeitskraft hingegeben, andere, die infolge Verunglückung ihre Gesundheit dem französischen Staat geopfert haben, werden, ohne Rücksicht auf Bauschulden, selbst mehrere Personen einer Familie, dem Jüngeren ausgeliefert. Dagegen werden Arbeiter mit hohen Dienstjahren, Doppelwaidiensten und den französischen Interessen Dienstwillige in Arbeit gehalten.

In drei Monaten hat der französische Staat als Arbeitgeber unter den brutalsten privatkapitalistischen Maßnahmen von Grubenstilllegungen und Entlassungen 5000 Bergarbeitern mit ungefähr 10 000 Familienangehörigen ihre Existenzmöglichkeit genommen.

Das größte Kohleneinfuhrland, Frankreich, hat, als Arbeitgeber der Saargruben, die Interessen der Bergarbeiter am größten vernachlässigt und die Saargruben in Produktion und Arbeiterbelegung auf den Stand von vor 30 Jahren zurückgeworfen.

Der Absatzmangel der Saarkohle ist zum Teil auf die Handelspolitik der Generaldirektion zurückzuführen, welche selbst die Saarbevölkerung die Kohle vorenthält. Tagelohn müssen die Saarkohlenabnehmer unter Aufwand von Zeit und Geld eine Tonne Kohlen betriebl., weil der französische Handelsbürokratismus es in seiner Unfähigkeit so will.

Die Bezirkskommission wendet sich mit aller Schärfe gegen die Untätigkeit der Regierungskommission des Völkerbundes. Die Regierungskommission ist der Unwalt und Vollstrecker der französischen Saarinteressen. Die Beschwerden der Bergarbeiterorganisationen werden nicht beachtet.

Aber auch an die Saarbergarbeiterschaft richtet die Bezirkskommission den Appell, endlich jede Zersplitterung zu vermeiden, jeden noch Unorganisierten dem Verband der Bergbauindustrialarbeiter zuzuführen, um dem französischen Grubenkapital sowie der Regierung des Völkerbundes Einhalt auf dem Wege der Verflauung und Hungermethode zu gebieten.“

Berichtigung.

Zarifforderungen im Bergbau.

In Nr. 16 der „Bergbau-Industrie“ vom 16. April d. J. ist uns für den Mansfelder Kupferbergbau ein Irrtum unterlaufen. Dort muß es heißen:

„Am Mansfelder Kupferbergbau wurde von den Unternehmern der Manteltarifvertrag zum 30. April d. J. gekündigt. Daraufhin kündigten die Gewerkschaften das Ueberarbeitsabkommen ebenfalls zum 30. April d. J.“

Verbandsnachrichten

Kranzspende.

Dortmund IV. Laut Versammlungsbeschluß find im April und Mai Kranzspendemarken zu kleben.

Knappschaftsältestenkommission Herne.

Sonntag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus Reddinghausen: Quartalsitzung. Erscheinen aller Vorkämpfer ist unbedingt erforderlich. Der Obmann.

Schluss des redaktionellen Teils.

Eine bedeutsame Neuerung an Wassermotor-Maschinen haben die Mielewerke herangebracht. Wesentlich tritt durch die Umgestaltung bei Wassermotoren die Rückführung in der Wasserleitung ein, der unangenehme Geruchlücken herbeiführt. Die Mielewerke fertigen nun einen Stoßdämpfer, der zwischen Wassermotor und Wasserleitung geschaltet wird und der alle Stöße auffängt. Bei Verwendung dieses Stoßdämpfers ist in der Wasserleitung kein Rückschlag mehr wahrnehmbar und infolgedessen kann an der Leitung auch kein Schaden mehr entstehen. Der Stoßdämpfer kann mit gleichem Vorteil auch bei Hochdruckpumpen und bei ähnlichen ähnlich beschalteten Wasserständen gebraucht werden. Der Preis für den Miele-Stoßdämpfer ist außerordentlich niedrig, er beträgt nur 5,— M. Siehe Anzeige.

Überall besteht Markt sich, wer mit einem Musikinstrument auszugehen will. Sie sparen im Interesse Ihres Geldbeutels, wenn Sie direkt von der Musikinstrumentenfabrik Meinel & Klingenthal Nr. 146, dem größten Spez. Verl.-Geschäft der Branche, kaufen. Diese Firma verwendet ihre Erzeugnisse direkt an die Spieler und kann billig sein, weil sie den Verdienst weiterer Zwischenhändler in die Tasche der Käufer stecken läßt. Bestellen Sie sofort kostenlos den neu herausgegebenen Hauptkatalog, der Preis zeigt. Siehe Anzeige in dieser Nummer.

Den Feierabend genießen!
GEG
RAUCHTABAKE
gehaltvoll, mild und aromatisch, bieten Dir für wenig Geld erlesenes Gutes!
Nur in Deinem KONSUMVEREIN!

Lungenkrankheit
und ihre Heilung
Lungenheilstoffe
Achtung! Sichere Existenz im Hause!
Gesucht werden ehrliche Personen zwecks Errichtung einer Maschinen-Heilmittelkure. Geboten wird laufende Beschäftigung für uns zu hohen Preisen. Kein Risiko und keine Vorkenntnisse erforderlich. Verl. Sie sofort unverb. Auskunft.
Kerstan & Co., Berlin-Halensee 180

Pflaumenmus
Delikates
bid mit Zucker eingedocht ca. 10 Pf. Stückpreis 2,90 ca. 10 Pf. Emailleim 2,90 Preis ab hier gegen Nachn. Willy Trüb, Magdeburg 7 Rathenauerstraße 5
Kastenwagen
Preisliste frei
100—16 N. 24, Frank. Prima Eschenspeichen.
Alois Abel, Borsch-Geisla (Rhön)

Persil ist grenzenlos beliebt
Über 650 000 Dialith Haarfärbekamm Gummi
Anzeigen
Rudolf Höffers, Berlin-Karlshorst 84.

Direkter Bezug ab Fabrik
Über 1 Million Musikfreunde als Käufer, sowie 300 000 von Dankschreibern. Bezogen unsere überragende Leistungsfähigkeit.
Meinel & Klingenthal, No. 146

Das Triumph der Billigkeit!
Schuhe für Alle!
Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München K 54 m.B.H., Rosenstr. 11

Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten.
1. Klasse: große gefüllte Bettf. 2,50, halbe Bettf. 3.—, weiße Bettf. 4.—, beste Bettf. 5.—, u. 6.—, baumwollene Bettf. 7.—, u. 8.—, beste Sorte Bettf. 10.—, u. 12.—, weiße ungefüllte Handfedern 9,50 u. 7,50, beste Sorte 9,50
Besond. vorzuzieh. goldfrei, gegen Nachnahme. Rückz. frei. Amtlich und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sackel, Lobes 209 bei Pillen in Böhmen.
Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre
Gute Lakenmutter nur 1,80
Nr. 3 Spitzen-Bettl. mit Hemd 4,180
Nr. 4 Bettl. in Gold-Schwarz 2,90
Nr. 5 m. best. Bettl. Gold-Schwarz 3,90
Nr. 6 Spitzen-Bettl. weiß 5,40
Nr. 7 Spitzen-Bettl. weiß 3,00
Nr. 8 Bettl. in Gold-Schwarz 2,90
Kuchenteller 9,50, Teller 9,50
Schüssel 2,30, Teller 1,25
Bettl. in Weiß 1,25
Jede Uhr hat ein 36 Stunden gehen. Regelmäßig. Versand gegen Nachnahme. an alle Postämter gratis.
Herrmann Fr. Heinecke, Braunschweig 35, Geb. 21. 3. Jahresvertrag ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern bei Zeit.

Eist Fisch!
Lieferant frischer Fisch
BÜCHER aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorteilhaft durch unsere Buchhandlung
H. Hansmann & Co., Bochum

Miele Wassermotor
zum Aufbau auf vorhandene Waschmaschinen für Handbetrieb
Einfach, Betriebs-sicher, Dauerhaft, Preiswert, Sparsam im Wasserverbrauch
Röhre Messing, Gehäuse Rotguss, Armaturen röstischer Verzinkt
Preis RM 34.— mit Kugellager RM 40.—
Mehrpreis für Stoßdämpfer RM 4,50
Achten Sie auf den Namen
Mielewerke A.G.
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands
Güterloh/Westfalen
Über 2000 Werksangehörige.
Zu haben in den Fachgeschäften.

Pflaumenmus
wirdlich ist ein Sänger der berühmten Harzer Meisterschule, M. 7.— und höher. Vorzügliche Zucht, Kälte, Fütterung, Vogelzucht. Hochinteress. Preis mit wertv. Anregungen kostenlos.
Großzucht Heydenreich, Bad Suderode 15, Harz
Edel-Kanarien
e Willst du reisen? — Ja!
Kannst du reisen? — Nein!
Denn Reisen ist teuer, und dein Geldbeutel ist leer. Aber eines kannst du gewiß tun: das neue Reisebuch des Bucherkreises lesen.
Erich Grisar. Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa
Bilder und Berichte. Mit vielen Fotos. Großformat. Halbleinen.
Kein Buch für romantische Träumer und Schönheitssucher, sondern für Gegenwartsmenschen, die wissen wollen, wie die Völker jenseits unserer Grenzen leben und leben.
Preis nur 4,30 RM (für Mitglieder Sonderpreis)
Zu beziehen durch unsere Buchhandlung
H. Hansmann & Co., Bochum
Wiemelhauser Straße 38-42.

Sächsische Bettfedern
Fabr. P. Hoyer, Döllitzsch 79
Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten
Bestellkarte kostenlos bittiger zu Fabrikspr.
Ferner prima **BETT-INLETT**
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Preis- und Preisliste unversandt per Postkarte.

Mann u. Weib
Im Liebesleben war und in der Ehe glücklich. Dr. med. Köhner in seinem „Goldenen Buch“, 240 Seiten, viele Abb. Schon 60 000 verkauft. Aus dem Inhalt: Liebe u. Ehe, Gestaltungsleben, Schwangerschaft u. deren Verhütung, Fruchtbarkeit usw. Nur RM. 3,80 u. Porto. Steinring-Verlag, Stuttgart 11, Nikolausstraße 9.